

Programm

für sozialdemokratische

Politik an der Saar

1970 - 1980

14. Juni:

**Die große Chance
für unser Land.**

Jetzt

SPD

und es geht aufwärts an der Saar

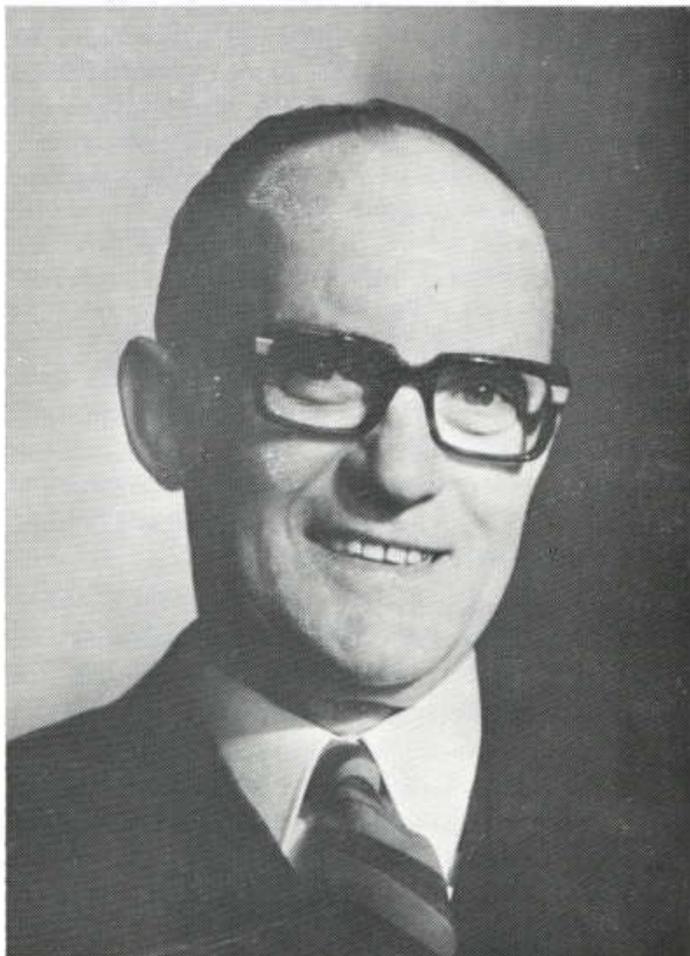
C 99 - 00029

Programm
für sozialdemokratische
Politik an der Saar
1970 - 1980



C 99 - 00029

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Saar
Druck: Druckerei Walch GmbH, Saarbrücken, Altneugasse 3



Die sozialdemokratische Partei des Saarlandes unterbreitet den Wählern ein Programm für sozialdemokratische Politik an der Saar (1970 – 1980).

Der Ausgangspunkt: In fast zehn Regierungsjahren ist es der CDU wohl gelungen, die SPD von der Regierungsverantwortung an der Saar fernzuhalten, aber nicht, die Verhältnisse im Saarland auf den Stand des übrigen Bundesgebietes zu bringen.

Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes verlassen Jahr für Jahr mehr Menschen ihre Heimat als zu uns kommen.

Zum ersten Mal nach 1945 ließ eine Saarregierung es zu, daß die Anzahl der industriellen Arbeitsplätze unter 150000 sank (1960: 175000; 1968: 149000). In der Zeit des wirtschaftlichen Rückgangs, der Rezession vor 1966/67, stieg zum ersten Mal die Arbeitslosigkeit sogar auf über fünf Prozent.

Zehn Jahre lang hat die CDU die Beseitigung der Zwergschulen und die Einführung der Gemeinschaftsschulen verhindert. Den Preis dafür müssen heute unsere Kinder mit mangelhafter Ausbildung und wir alle mit Millionenverlusten an Steuergeldern durch den Bau falscher Schulen am falschen Platze bezahlen.

Daher ist es an der Zeit, die CDU von der Regierungsverantwortung abzulösen, auch an der Saar. 13 Jahre sind genug!

Die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes hat sich auf einen Wechsel in der Regierungsverantwortung gründlich vorbereitet. Schon als Opposition hat sie jahrelang unermüdlich versucht, der CDU eine moderne, zukunftssträchtige und vor allem sozial verantwortliche Politik abzurufen.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik ist ihr das nach jahrelangem Kampf gelungen; aber erst seitdem Sozialdemokraten die Führung in der Bundesregierung in Bonn innehaben. Seither wurde auch die CDU-Saar gezwungen, von ihrem Kurs, "Naturschutzpark für die etablierte Industrie" zu sein, abzugehen.

Auch in der Schulpolitik mußte die CDU endlich kapitulieren. Die Verfassungsänderung vom vergangenen Jahr macht den Weg frei für die Gemeinschaftsschule vom 1. Schuljahr an. In Dankbarkeit erinnert sich die SPD des Saarlandes der vielen Gespräche mit Vertretern der katholischen und der evangelischen Kirche, die diese Verfassungsänderung erst möglich gemacht haben. Von dieser Grundlage aus geht es jetzt darum, auch bei uns ein modernes Bildungswesen zu schaffen.

Das sind nur zwei Beispiele. Aber sie zeigen: Wenn die Wähler jetzt die große Chance für unser Land ergreifen und durch ihre Stimme uns Sozialdemokraten auch im Saarland an die Regierung bringen, dann gehen nicht nur Bund und Land Hand in Hand zum Wohle unseres Volkes, dann können auch im Saarland die Reformen durch uns in Angriff genommen werden.

Noch viele andere Probleme unseres Landes müssen entschlossen aufgegriffen, neu durchdacht und zukunftsweisend gelöst werden. Zum Beispiel muß eine moderne Gebiets- und Verwaltungsreform den Aufbau einer modernen Industriestruktur in unserem Lande ergänzen. Die Regierungsarbeit muß gestrafft werden, und altväterliche Hierarchievorstellungen müssen verschwinden. Denn für uns ist moderne Regierungsarbeit Leistungsmanagement für die Allgemeinheit.

Die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes bittet um das Vertrauen der Wähler für die nächsten fünf Jahre. Sie verspricht eine moderne, sachliche und den Interessen aller dienende Regierungsarbeit.

Kurt Conrad

Wir holen den Rückstand auf

Ziel einer von der SPD getragenen Landesregierung wird sein, den im letzten Jahrzehnt aufgelaufenen Nachholbedarf der Saarländer vor allem in der Bildungs- und in der Wirtschaftspolitik wirksam zu verringern und auszugleichen. Maßstab für uns ist die im Grundgesetz verankerte Zusicherung über die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik. Sie ist für die an der Saar arbeitenden und wohnenden Menschen ein bisher noch unerfüllter Wunschtraum. Für die Verwirklichung dieses Zieles sieht die saarländische SPD nicht nur die Bundesregierung, sondern vor allem sich selbst in der Verantwortung. Die SPD-Saar weiß, daß der Weg zu diesem Ziel nur über eine konsequente, zielbewußte Wirtschaftspolitik führt. Denn eine gesunde Wirtschaft ist die Grundlage für den Wohlstand unserer Bevölkerung. Die SPD-Saar hat ein sachlich fundiertes Konzept für eine Neue Wirtschaftspolitik an der Saar, und sie hat die Fachleute, die fähig und bereit sind, den erforderlichen Wachstumskurs zu steuern.

Die SPD-Saar wird darüber hinaus alle Bestrebungen unterstützen, um das Mitbestimmungsrecht auch auf die Betriebe auszudehnen. Wir halten das Mitbestimmungsrecht für ein Erfordernis der Menschenwürde.

Neue Wirtschaftspolitik

In Anbetracht der Größe des gesteckten Zieles, wieder den Anschluß an die Entwicklung im übrigen Bundesgebiet zu erreichen, ist sich eine von der SPD geführte Regierung bewußt, daß neue Wege beschritten werden müssen.

Die Neue Wirtschaftspolitik an der Saar muß von drei Ansatzpunkten ausgehen:

- Nur eine Beseitigung der strukturellen Schwächen der Saarindustrie, die zu dem großen Wachstumsrückstand in der Vergangenheit geführt haben, kann auf mittlere Sicht das Wachstumspotential unseres Landes wieder zur Geltung bringen und eine aktive Sanierung ermöglichen.
- Untrennbar hiervon ist die Aufgabe, nach Jahren der Abwanderungsverluste das Saarland auch für Zuwanderungen attraktiv zu machen, damit der Spielraum für eine weitere Wirtschaftsexpansion gesichert wird.
- Alle Kräfte und Mittel müssen konzentriert und planmäßig eingesetzt werden, um die Chancen, die unsere zentrale Lage in der EWG bietet, nicht verstreichen zu lassen.

Mehrere Gutachten und ein "Strukturprogramm zur aktiven Sanierung der Saarwirtschaft" zeigen erfolgversprechende Entwicklungsmöglichkeiten auf und bieten ein umfangreiches wirtschaftspolitisches Instrumentarium an. Eine entschlossene Regierung kann und muß jetzt endlich zielstrebig handeln. Die Privatinitiative allein reicht nicht aus.

Eine zukunftssträchtige Wirtschaftspolitik in unserem Lande muß den Standort Saar so attraktiv gestalten, daß expansive Unternehmen sich hier niederlassen und dazu beitragen, die Lücken im Arbeitsplatzangebot zu schließen. Daß diese Aufgabe die Kräfte des Saarlandes übersteigt, hat die Bundesregierung erkannt, seit dort Sozialdemokraten die Wirtschaftspolitik machen. Unter Berufung auf Artikel 72 des Grundgesetzes hat sie die Finanzierung der Förderungsmaßnahmen mit übernommen. Vorher mußte jedoch erst der hinhaltende Widerstand der von einigen Industriellen beeinflussten Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Saarregierung gebrochen werden. Sie zielte darauf ab, der standortmäßigen Absicherung der saarländischen Montanindustrie absoluten Vorrang vor anderen Hilfsmaßnahmen zukommen zu lassen.

Demgegenüber strebt die SPD-Saar eine Wirtschaftspolitik nach allen Seiten an, für alle Bürger und nicht ausschließlich für einzelne Interessengruppen. So gehört z. B. auch die standortmäßige Absicherung der eisen-

schaftenden Industrie durch einen Wasserstraßenanschluß zu ihren vordringlichen Forderungen an den Bund. Seine Verwirklichung hat inzwischen Bundeskanzler Willy Brandt schriftlich bestätigt. Andererseits hat die SPD-Saar mehrfach ihre Auffassung bekräftigt, daß ein derartiger Wasserstraßenanschluß zwar eine wichtige Grundlage für die Zukunft der Saar-Industrie darstellt, als Einzelmaßnahme aber niemals ausreicht.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird daher das Hauptgewicht ihrer Neuen Wirtschaftspolitik auf die Ansiedlung und den Ausbau von Wachstumsindustrien sowie auf eine umfassende Verbesserung der Infrastruktur des Saarlandes legen.

Expansive Industrieansiedlungspolitik – dem Bedarf voraus

Die Neue Wirtschaftspolitik der SPD-Saar wird sofort vom langjährigen Kurs der Saar-CDU abweichen, die neue Unternehmen nur insoweit ansiedelte, wie Arbeitskräfte in bestehenden Unternehmen freigesetzt wurden.

Demgegenüber wird die SPD-Saar bewußt eine Industrieansiedlungspolitik betreiben, die dem Arbeitsplatzbedarf vorausseilt. Die Neue Wirtschaftspolitik ist so gleichzeitig Arbeitsmarktpolitik.

Eine zukunftssichere Arbeitsmarktpolitik muß darin bestehen, dem Arbeitnehmer ein derart reichhaltiges Angebot an Arbeitsplätzen zur Verfügung zu stellen, daß er in beruflicher und sozialer Hinsicht dieselben Chancen zur Entfaltung seiner Fähigkeiten und Neigungen bekommt wie in fortgeschritteneren Gebieten der Bundesrepublik. Erst dann werden saarländische Arbeitnehmer ihre Existenz nicht mehr außerhalb unserer Grenzen suchen müssen.

Vorübergehende Verknappungserscheinungen auf dem Arbeitsmarkt – Folgen einer solchen aktiven Umstrukturierungspolitik – befreien das saarländische Lohnniveau endlich vom Druck drohender Arbeitslosigkeit. Wenn dadurch die Löhne und Gehälter an der Saar den Anschluß an das höhere Niveau der Effektiv-Verdienste im übrigen Bundesgebiet finden, wird das die Folge und der Beweis der wiedergewonnenen wirtschaftlichen Wachstumskraft unseres Landes sein.

Die SPD geht ferner davon aus, daß Vollbeschäftigung und hohes Einkommensniveau der Arbeitnehmer Voraussetzung für eine gesteigerte Massenkaufkraft an der Saar sind und davon auch Groß- und Einzelhandel, Handwerk, freie Berufe und andere Dienstleistungsbereiche in unserem Land profitieren. Eine gute Arbeitsmarktpolitik ist zugleich auch eine gute Mittelstandspolitik.

Industrieansiedlung nach Schwerpunkten

In ihrer Industrieförderungspolitik wird die SPD-Saar grundsätzlich keinen Unterschied zwischen bereits ansässigen und neuen Betrieben machen. Wichtig ist für uns der Unternehmer, der Arbeitsplätze schafft.

Eine Konzentration auf bestimmte Förderziele, die Bildung von Schwerpunkten, wird jedoch unvermeidlich sein:

- Die künftige Ansiedlungspolitik wird sich auf Betriebe konzentrieren, die ein überdurchschnittliches Wachstum erwarten lassen (sog. Wachstumsindustrien).
- Mit Vorrang sollen solche Betriebe gefördert werden, die ein hohes Lohnniveau sowie Facharbeitern und hochqualifizierten Kräften Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten.
- Die bisherige Orientierung der saarländischen Industrie auf wachstumsschwache und krisenanfällige Bereiche muß durch eine Konzentration auf neue, zukunftsorientierte und wachstumsstarke Schwerpunkte ersetzt werden. Die Saarindustrie muß einen "neuen Beruf" bekommen.

Die SPD-Saar ist außerdem der Auffassung, daß eine derartige Schwerpunktförderung – anstelle einer breitgestreuten Förderungspolitik – mehr Erfolg verspricht, um in den kommenden Jahren nicht nur die Wachstumsraten anderer Industriegebiete zu erreichen, sondern

auch den Rückstand aufzuholen, den die verfehlte Politik der Landesregierungen in den letzten 10 Jahren nicht beseitigt hat.

Mit dieser Schwerpunktbildung ist verbunden:

- a) Die Beseitigung der Krisenanfälligkeit und die Modernisierung unserer jetzigen Industriestruktur,
- b) eine Intensivierung der Berufsausbildung für die Schwerpunktbereiche durch spezielle Ausbildungs- und Umschulungsprogramme, so daß sowohl die berufliche Entfaltung der Arbeitnehmer verbessert wird als auch den Anforderungen der Wirtschaft besser entsprochen werden kann,
- c) eine erleichterte Schaffung allgemeiner und komparativer Standortvorteile durch Ausrichtung auf wenige Branchen.

Solche Schwerpunktbereiche sind:

- Chemie und Energie. Auf dem neuen Schwerpunktbereich der Chemie kommt neben anderen Betrieben insbesondere den Saarbergwerken die Rolle eines Entwicklungsführers im Umstrukturierungsprozeß zu. Über den Staat als Anteilseigner würde die SPD-Saar darauf hinwirken, daß der Chemie- und Energiebereich zu einem neuen Schwerpunkt der Saarländischen Wirtschaft ausgebaut wird. Damit könnte ein leistungsfähiger und zukunftssicherer Industriekomplex entstehen, der als lokaler Zulieferer und Abnehmer die

Entwicklungsaussichten auch anderer Branchen an der Saar wesentlich verbessern würde.

- Maschinenbau. Im Saarland sind durch die gegebene industriestruktur die metallherzeugenden und -bearbeitenden Berufe bereits stark verbreitet. Eine Schwerpunktförderung des Maschinenbaues könnte diese Vorteile der Berufsstruktur nutzen, aber auch die vielfältigen Verbundmöglichkeiten innerhalb des schon vorhandenen metallverarbeitenden Bereichs.
- Elektrotechnik. Durch intensive Förderung sollte die Elektrotechnik zu einem eigenen Wachstumspol entwickelt werden. Dabei ist vor allem auch an Forschungs- und Entwicklungsbetriebe gedacht. Deren Standortbedingungen müßten durch Schaffung technischer Forschungs- und Entwicklungszweige an der Saaruniversität verbessert werden.

Die übrigen Investitionen zur Verbesserung der Standortbedingungen sollten besonders unter diesen Gesichtspunkten gesehen werden (Großflughafen, Investitionen in den Freizeitwert der Region usw.).

Da die saarländische Strukturschwäche überwiegend ein Problem der ansässigen Großindustrie ist, bildet die großindustrielle Ansiedlungspolitik einen weiteren Schwerpunkt der Neuen Wirtschaftspolitik der SPD-Saar. Das bedeutet aber nicht, daß kleinere und mittlere Betriebe nicht einen wichtigen Platz in diesem Kon-

zept hätten. Gerade vom Handwerker, aber auch von der Zuliefererindustrie, gilt, daß Vollbeschäftigung, hohe Investitionen sowie starkes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum den kleineren und mittleren Betrieben erst die Bedingungen für ihre wirtschaftliche Existenz und Expansion bieten. Bei der Neuschaffung von Arbeitsplätzen werden sie gleichrangig unterstützt. Besonders gefördert werden diese Betriebe durch neue Organisationsformen der Industrieansiedlung wie Industrieparks, die in anderen Bundesländern bereits erfolgreich erprobt wurden.

Kooperation in den Ansiedlungsbemühungen

Die Industrieansiedlungspolitik nach Schwerpunkten kann wirksam nur durchgeführt werden, wenn sie von einer zentralen Stelle aus planmäßig, unbürokratisch-unkonventionell und möglichst reibungslos gelenkt wird. Infolge des begründeten Mißtrauens in die Entschlossenheit der alten Regierung, eine aktive Ansiedlungspolitik zu betreiben, haben Gemeinden und Landkreise in einigen Fällen zur Selbsthilfe gegriffen. Sie gründeten eigene regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaften, um wenigstens auf diesem Wege die dringendsten Arbeitsmarkt- und Umstrukturierungsprobleme durch Anwerbung neuer und Förderung ansässiger Unternehmen lösen zu können.

Diese Initiative der Gemeinden und Kreise ist grundsätzlich zu begrüßen.

Mehrere kleinere Gesellschaften in Konkurrenz zu den Bemühungen der Regierung sorgen zwar dafür, daß die Aktivität in der Industrieansiedlung nicht erlahmt. Das darf allerdings nicht zu einer Gefährdung einer sinnvollen Raumordnungskonzeption für das gesamte Saarland führen.

Die beste Lösung wäre über eine Zusammenarbeit der regionalen Gesellschaften mit einer Dachgesellschaft für das ganze Saarland zur Durchsetzung eines Gesamtumstrukturierungsprogramms zu erreichen. Die Vorteile einer unbürokratischen Arbeitsmethode dürften durch eine Zusammenarbeit mit der Dachgesell-

schaft jedoch nicht geschmälert werden. Zwischen beiden sollte vielmehr eine sinnvolle Arbeitsteilung angestrebt werden.

Dabei könnten der Dachgesellschaft z.B. die gesamte Werbung, die Berücksichtigung von Raumordnungsgrundsätzen bei der Weiterleitung an regionale Gesellschaften und die Beschaffung und Verwaltung der öffentlichen Finanzierungshilfen anvertraut werden. Den regionalen Gesellschaften würde dann der gesamte "Full Service" in der Betreuung der Ansiedlungsinteressenten verbleiben.

Mittelstandspolitik — ergänzendes Element der Strukturpolitik

Die SPD sieht in der gesicherten Existenz möglichst vieler kleiner und mittlerer Unternehmen eine unerläßliche Voraussetzung einer freien und sozialen Marktwirtschaft. Leistungsfähige kleine und mittlere Unternehmen in Handwerk, Handel und Industrie wird sie daher fördern und stärken, damit sie im Wettbewerb mit den Großunternehmen bestehen können.

Die SPD-Saar hat in ihrem "Gewerbeförderprogramm" folgende Grundsätze einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen aufgestellt:

1. Verbesserung der Kapitalausstattung zu tragbaren Bedingungen. (Die neue Bundesregierung hat zum Zwecke der Mittelstandsförderung die hierfür vorgesehenen Kredite aus dem ERP-Sondervermögen von 285 auf 342 Mio DM aufgestockt.)
2. Gewährung von Strukturangepassungshilfen für die Selbständigen.
3. Einbeziehung und Zugang zu allen Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes.
4. Bessere Betriebsberatung und Information über wichtige volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Daten und über die Entwicklung der Marktchancen.
5. Beseitigung bestehender Wettbewerbsdiskriminierung für kleinere Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch Änderung der Vergabepaxis.
6. Stärkere Förderung des gewerblichen Ausbildungswesens, insbesondere der überbetrieblichen Lehrwerkstätten, der Meisterausbildung und der Fortbildung.

Landwirtschaft kein Stiefkind der Volkswirtschaft

Die SPD-Saar sieht in der heimischen Landwirtschaft einen wertvollen und wichtigen Teil unserer Volkswirtschaft. Sie ist bereit, die Landwirtschaft unseres Landes in dem schwierigen Umstellungs- und EWG-Anpassungsprozeß nach Kräften zu unterstützen. Der Verbesserung der Ertragslage wird sie dabei ihr besonderes Augenmerk zuwenden.

Die landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe sind ein wesentlicher Teil der heimischen Landwirtschaft. Sie werden auch in Zukunft wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Die SPD ist bereit, Nebenerwerbsbetriebe in alle agrarpolitischen Maßnahmen in gebührender Weise einzubeziehen und ihre Interessen zu berücksichtigen. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit und die Verbesserung der Ertragslage unserer landwirtschaftlichen Betriebe sollen gemäß dem "Agrarpolitischen Landesprogramm" erreicht werden durch:

1. Beschleunigtes Aufstellen eines EWG-Anpassungsprogramms, das den besonderen Verhältnissen unseres Grenzlandes Rechnung trägt (in der Regierungserklärung Dr. Röders von 1965 wurde ein solches Anpassungsprogramm zwar angekündigt, jedoch bis jetzt ohne Ergebnis).
2. Stärkere Förderung aller Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur. Neben der äußeren Betriebsstruktur ist insbesondere auch die innerbetrieb-

liche Struktur unter Berücksichtigung der Erfordernisse der modernen Agrartechnik zu verbessern.

3. Förderung sinnvoller kooperativer Formen zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit (Erzeugergemeinschaften und Maschinenringe) und Beseitigung hemmender oder entgegenstehender steuerlicher Bestimmungen.
4. Förderung der Althofsanierung. Eine Verbesserung der Ertragslage kann in vielen Fällen leichter über eine Althofsanierung als über eine kostspielige Aussiedlung erreicht werden.
5. Verbesserung und Ausbau der Betriebsberatung.
6. Verbesserung des landwirtschaftlichen Ausbildungswesens. Abschluß über eine landwirtschaftliche Fachschule und ständige Ergänzung durch geeignete Formen der Erwachsenenbildung.
7. Verbesserung der Schulverhältnisse und des Bildungsangebotes im ländlichen Raum.
8. Schaffung neuer Arbeitsplätze und Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum.

Impulse aus Bonn

Das für 1969 erstmals seit Jahren überdurchschnittlich positive Ergebnis für die saarländische Wirtschaft ist im wesentlichen zurückzuführen auf die Konjunkturpolitik des Bundes seit 1967 und auf die zielgerichtete Strukturpolitik im Bereich der Steinkohle, des gemeinsamen Strukturprogramms und der Regionalen Aktionsprogramme. Allein 1967, 1968 und 1969 wurde die saarländische Wirtschaft vom Bundeshaushalt mit einem Betrag von 951,6 Mio DM gefördert. In den 10 Jahren von 1957 bis 1966 waren dem Saarland Mittel aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 698,3 Mio DM zugeflossen. (Das waren im Durchschnitt der Jahre 1957 bis 1966 rund 70 Mio DM, gegenüber 317 Mio DM pro Jahr seit 1967.) Dieser seit 1967 mehr als vervierfachte Mitteleinsatz des Bundes im Saarland bewirkte eine Ansiedlungswelle wachstumsorientierter Unternehmen größten Umfangs. Diese Politik wird fortgesetzt.

Allein in der Zeit zwischen dem 25. Juli bis zum 21. Dezember 1969 sind im Rahmen des Aktionsprogrammes Saarland/Westpfalz im Raum Saarland für die Schaffung von 3790 Arbeitsplätzen öffentliche Mittel bereitgestellt worden. Die Liste der ansiedlungswilligen Unternehmen umfaßt 57 neue Bewerber mit einem Investitionsvolumen von etwa 1,5 Mrd DM. Die Zahl der geplanten Arbeitsplätze beträgt rund 20.000.

Das Ergebnis einer gezielten Wachstums- und Strukturpolitik läßt erwarten, daß bei Fortdauer dieser aktiven Politik des Bundes die regionalen und strukturpolitischen Ziele im Saarland schneller erreicht werden können, als in den ursprünglichen gemeinsamen Planungen von Bund und Land angenommen.

Ziel des saarländischen regionalen Aktionsprogrammes (Saarland-Westpfalz) ist es, in fünf Jahren 25.000 industrielle Arbeitsplätze neu zu schaffen, pro Jahr 5.000. Diese Zielsetzung kann sowohl durch den Ausbau der bestehenden und entwicklungsfähigen Industrien erreicht werden als auch durch die Schaffung und Ansiedlung neuer Industrien.

Dabei muß der Schwerpunkt auf dem letzteren Bereich liegen. Neben den Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung industrieller Arbeitsplätze sind im saarländischen regionalen Aktionsprogramm auch die Förderung des Fremdenverkehrs sowie Maßnahmen der Infrastruktur vorgesehen.

Die SPD-Saar wird auch weiterhin dafür sorgen, daß das Vertrauen der Saarländer in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht enttäuscht wird. Die SPD-Saar wird mit der Bundesregierung nicht nur von Fall zu Fall, sondern nach einem langfristigen Konzept zusammenarbeiten.

Arbeitsplatzsicherung durch Berufsförderung

Die verfehlte Wirtschaftspolitik der von der CDU geführten Regierung hat in den letzten Jahren die Beschäftigungschancen und die wirtschaftliche Existenz der saarländischen Erwerbstätigen erheblich gefährdet. Die Arbeitslosenrate stieg zum ersten Mal nach 1959 auf über 5% und lag damit weit über dem Bundesdurchschnitt. Unter den Arbeitslosen wurden die älteren Arbeitnehmer, deren Eingliederungschancen in den Arbeitsprozeß ohnehin gering sind, am stärksten betroffen. Die Zunahme von Kurzarbeit und Feierschichten und die wachsende Zahl von Abwanderungen saarländischer Fachkräfte in Bundesländer mit einer besseren Beschäftigungsstruktur waren weitere Folgen.

Die von Bundeswirtschaftsminister Schiller betriebene Wirtschaftspolitik hat zwar auch an der Saar die Arbeitslosenzahl inzwischen auf ein Minimum reduziert. Die notwendigen flankierenden Maßnahmen der saarländischen Regierung zur Sicherung und Förderung der Arbeitsplätze sind jedoch über Anfänge nicht hinausgekommen.

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird unverzüglich Initiativen entfalten, die die Gesellschafts- und Sozialpolitik in unserem Raum verzahnen. Sie wird dafür sorgen, daß durch die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen im Saarland nicht Arbeitslosigkeit entsteht, sondern die Arbeitnehmer rechtzeitig einen neuen und

sicheren Arbeitsplatz erhalten und vor sozialem Abstieg bewahrt werden. Zu einer solchen Politik gehören:

- eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik in unserem Raum zur Sicherung der Beschäftigungschancen der saarländischen Erwerbstätigen;
- eine an der zukünftigen Beschäftigungsstruktur ausgerichtete Ausbildungs- und Fortbildungspolitik;
- eine die sozialen Notstände abwendende Sozialpolitik.

Berufsberatung und Arbeitnehmerbetreuung

Eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik verlangt die ständige Analyse des Arbeitsmarktes und eine sich darauf stützende Berufsberatung. Eine solche Politik ist bisher versäumt worden. Eine von der SPD-Saar getragene Landesregierung wird wissenschaftlich begründete kurz- und mittelfristige Arbeitsmarktprognosen für unseren Raum erstellen und sie fortwährend überprüfen lassen und damit die notwendigen Informationen liefern. Sie wird dafür sorgen, daß diese Informationen der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, und so dazu beitragen, daß breite Bevölkerungsschichten unserer Heimat bessere berufliche Auswahl- und Entscheidungsmöglichkeiten haben.

Damit die Beschäftigungschancen für alle Arbeitnehmer in gleicher Weise gewahrt bleiben, werden wir uns auch der sozial gefährdeten und benachteiligten Arbeitnehmergruppen annehmen. Dazu gehören die älteren Arbeitnehmer, die minderleistungsfähigen Jugendlichen und die erwerbswilligen Frauen.

Für die älteren Arbeitnehmer ist eine besondere Arbeitsberatung und eine altersgerechte Ausstattung ihrer Arbeitsplätze unentbehrlich. Dahingehende Initiativen wird die SPD-Saar ebenso unterstützen wie die Einrichtung besonderer Werkstätten für erwerbsgeminderte ältere Arbeitnehmer und ältere Arbeitslose. Für die minderleistungsfähigen Jugendlichen sollen beschützende Werkstätten schneller ausgebaut und durch weitere

ergänzt werden. Ebenso sind besondere Förderungslehrgänge zur Berufsvorbereitung dieser Jugendlichen im erforderlichen Umfang einzurichten.

Sinnvolle Raumordnung sichert unsere Zukunft

Sozialdemokratische Landesplanungs- und Raumordnungspolitik dient den Menschen. Sie bezweckt, deren Bedürfnissen entsprechend die natürlichen und industriellen Umweltbedingungen so zu gestalten, daß sich der Einzelne wie die Familie frei entfalten können.

Raumordnungspolitik hat – nach unserer Auffassung – die Voraussetzungen zu schaffen für familiengerechte Wohnungen in menschenwürdiger Umgebung, für gute Verkehrsverbindungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz, für ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen sowie an Bildungs-, Versorgungs- und Erholungsrichtungen.

Die Konzeption der innersaarländischen Raumordnung ist außerdem entscheidend für die aktive Sanierung der Saarländischen Wirtschaft in den nächsten Jahren. Raumordnungspolitik im Saarland muß darüberhinaus in möglichst enger Kooperation mit Rheinland-Pfalz, Lothringen und Luxemburg betrieben werden.

Schwerpunkte sozialdemokratischer Raumordnungspolitik im Saarland sind:

1. Verstärkte Mithilfe bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen zur Ausweisung von Wohn- und Industriegebieten in den Gemeinden durch klare Formulierung der Ziele von Landesplanung und Raumordnung.
2. Verbesserung des Nahverkehrsangebotes durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Nahverkehrsträger.
3. Festlegung eines Netzes von Mittelpunktsgemeinden entsprechend ihrer Zentralitätsstufe. In einer für ihre Bewohner zumutbaren Entfernung sollen Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung einschließlich der zugehörigen Bildungs-, Kultur- und Verwaltungseinrichtungen gefördert werden.
4. Konzentration und Förderung von Versorgungseinrichtungen einschließlich der Abfallbeseitigung.
5. Gezielte strukturelle Förderung des industriellen Verdichtungsraumes (Saarlouis, Dillingen, Saarbrücken, Neunkirchen, Homburg) durch Ansiedlung kapital- und wachstumsintensiver Industrien.
6. Sinnvolle Förderung der industriellen Randgebiete und des nördlichen Saarlandes durch schwerpunktmäßige Ansiedlung hochentwickelter Mittelindustrien.
7. Die anzustrebenden verstärkten überregionalen Kontakte in allen Fragen einer gemeinsamen Raumordnung im Saar-Lor-Lux-Dreieck erfordern die Errichtung einer ständigen Kommission.
8. Schaffung eines oder mehrerer Industrieparks.
9. Strenge Koordinierung der Bildungs- und Strukturplanung.

10. Fortschrittliche Verkehrsplanung für Straße, Schiene, Luft und Wasser aufgrund eines Generalverkehrsplanes.
11. Erstellung eines regionalen und überregionalen Naherholungsplanes, da sich Verdichtungsräume und Erholungsgebiete gegenseitig als funktionale Ergänzungsgebiete benötigen.

Eine von der SPD-Saar getragene neue Landesregierung wird diesem raumordnerischen Konzept folgen, einen **Landesentwicklungsplan Saar** aufstellen und stetig fortschreiben.

Mit der Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes, die für dieses Jahr erwartet wird, werden auch für die Städte und Gemeinden des Saarlandes neue Möglichkeiten geschaffen, um an die aufgeschobenen Sanierungsaufgaben heranzugehen. Zur Bewältigung der damit verbundenen großen finanziellen Belastungen wird eine von der SPD getragene Landesregierung in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden entsprechende Pläne aufstellen. Im Zuge der kommunalen Sanierungsaufgaben setzt sich die SPD-Saar für einen gerechten Ausgleich zwischen den privaten Eigentümern an Grund und Boden und den Bedürfnissen der Öffentlichkeit ein.

Zur Verbesserung des sozialen Wohnungsbaus hat die SPD-Saar bestimmte Vorstellungen. Die Wohnungsbauförderung durch die gegenwärtige Landesregierung ist die geringste in der Bundesrepublik. Auch hier tun Verbesserungen not. Bei der Städtebauplanung muß – nach Auffassung der SPD-Saar – berücksichtigt werden, daß genügend Wohnungen auch in den Mittelpunkten der Städte und Gemeinden errichtet werden, um deren Entvölkerung zu verhindern.

Industrieflächenangebot auf den Bedarf abstimmen

Von der Konzeption der innersaarländischen Raumordnung hängt die aktive Sanierung der Saar-Wirtschaft in den nächsten Jahren ab. Gute Ansatzpunkte für eine wachstumsorientierte Industrialisierung sind nach Auffassung der SPD-Saar im Verdichtungsraum vorhanden.

Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur im Verdichtungsraum (Saarlouis – Dillingen – Saarbrücken – Neunkirchen – Homburg) sind volkswirtschaftlich besonders wirkungsvoll, weil der Auslastungsgrad höher ist als in den übrigen Gebieten. Die Förderung des ländlichen Raumes ist jedoch weiter fortzuführen und dabei auf Schwerpunkte im Raum (St. Wendel, Wadern – Losheim, Lebach – Eppelborn – Schmelz, Merzig, Obermosel und unteres Blietal) zu konzentrieren.

Entsprechend dieser Konzeption für die innersaarländische Raumordnung sollten etwa 4/5 der erforderlichen neuen Industriearbeitsplätze im Verdichtungsraum und 1/5 in den ländlichen Schwerpunkträumen geschaffen werden. Von den 900 bis 1200 ha benötigten Industrieflächen müßten somit 700 bis 900 ha im Verdichtungsgebiet bereitgestellt werden. Nur 600 ha der bisher von der Landesregierung vorgesehenen Flächen liegen in diesem Gebiet.

Für die gesteckten Industrialisierungsziele reicht dieses Flächenangebot im Verdichtungsraum nicht aus. In den

ländlichen Räumen des Saarlandes dagegen dürfte das Angebot von etwa 300 ha dem Bedarf entsprechen. Über das bisher ermittelte Flächenangebot hinaus wird sich die SPD deshalb dafür einsetzen, daß weitere potentielle Industrieflächen für die Zwecke der Industrieansiedlung bereitgestellt werden. Insbesondere gilt es, größere zusammenhängende Areale zu finden.

Das ist, wie eine eingehende Überprüfung zeigt, möglich. Erforderlich ist allerdings auch, daß Schwierigkeiten, die von forstwirtschaftlichen Belangen, Zerschneidung durch Gemeindegrenzen, hohen Preisvorstellungen der staatlichen Eigentümer und teilweise erheblichen Erdbewegungen verursacht werden, im Rahmen des angestrebten Gesamtzieles gesehen und beseitigt werden.

Für den gesamten Komplex des Industrieflächenangebotes wird die SPD-Saar den Gedanken einer Bodenbank, die diese Gelände aufzukaufen, zu verwalten und preisgünstig Ansiedlungsinteressenten zur Verfügung zu stellen hat, eingehend prüfen. Außerdem würden nicht zuletzt die Saarbergwerke gedrängt, eine entgegenkommendere Grundstückspolitik zu betreiben, wodurch etwa 100 bis 200 ha zusätzlich nutzbar gemacht werden könnten. Das Land selbst muß zum Erwerb von Industriegelände großzügig eigene Bodenflächen zum Tausch und günstigen Verkauf bereitstellen.

Moderne Verkehrswege sind eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung einer modernen Wirtschaft und die Mobilität der Bevölkerung. Für die Zukunft des Saarlandes im Zentrum des EWG-Raumes sind moderne Verkehrsverbindungen nach Norden, Süden, Osten und Westen, eine moderne Verkehrs-Infrastruktur, lebenswichtig.

Unternehmen interessieren sich bei ihrer Standortwahl nur dann für das Saarland, wenn sich ihnen neben finanziellen Anreizen (durch Aktionsprogramme Bundeswirtschaftsminister Schillers schon für fünf Jahre gewährleistet) der Standort auch durch günstige und moderne Verkehrsverbindungen empfiehlt.

Der Entwicklung der Verkehrs-Infrastruktur im Saarland kommt daher – nach Auffassung der SPD-Saar – wesentliche Bedeutung zu. Ein **Generalverkehrsplan** wird eine moderne und ausgewogene Entwicklung des Verkehrs im Saarland auf Straße und Schiene, auf dem Wasser und in der Luft gewährleisten.

Dem Saarland fehlen leistungsstarke Straßenverbindungen zu den übrigen Ballungsgebieten Europas. Nur die Autobahn Saarbrücken–Mannheim (A 20) entspricht hier modernen Erfordernissen. Daher muß auch der Ausbau der schon in der Planung festliegenden Autobahn 171 (bisher Bundesstraße 327), die das Saarland durch den Anschluß an die Autobahnen 76 und 74 mit dem Industriegebiet an Rhein und Ruhr verbindet, sowie der Bundesstraße 406 zwischen Völklingen und Dillingen und der Autobahn 170 zwischen Dillingen und der luxemburgischen Grenze so beschleunigt werden, daß sie bald voll in Betrieb genommen werden können. Hohe Priorität muß auch der Bau des Teilstückes Neunkirchen–Dillingen der A 170 (bisher Bundesstraße 10) genießen. Die SPD-Saar verweist hierbei darauf, daß es ihrer Initiative zu verdanken ist, daß die früher zum Teil als zweispurige Bundesstraßen geplanten Verbindungen jetzt als Autobahnen gebaut werden. Die SPD-Saar stellt außerdem mit Genugtuung fest, daß der sozialdemokratische Bundesverkehrsminister die Mittel für den Straßenbau im Saarland erheblich verstärkt hat.

Versäumnisse im Landstraßenbau aufholen

Die Dringlichkeit des Fernstraßenbaues im Saarland ist von Bundesverkehrsminister Leber voll anerkannt und – in Zahlen ausgedrückt – auch honoriert worden. Die Dringlichkeit des Ausbaues unserer Landstraßen 1. und 2. Ordnung dagegen bleibt – nach Ansicht der SPD-Saar – nach wie vor einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der Landespolitik. Was nützen die besten Fernstraßen, wenn das übrige Straßennetz nicht den Verkehrsbedingungen von heute und morgen entspricht.

Mit welcher grenzenlosen Sorglosigkeit die bisherige Regierung des Saarlandes auf diesem Gebiet gearbeitet hat, zeigt sich besonders darin, daß sie erst 1967 einen langfristigen Plan zum Bau von Landstraßen 1. und 2. Ordnung aufgestellt hat. Schon im ersten Vierjahresplan der Saar-Regierung war aber klar zu erkennen, daß die eingesetzten Haushaltsmittel nicht ausreichten. Schlimmer noch, die vorgesehenen Mittel wurden zudem noch gekürzt. Zum Beispiel: 1967 wurden die ohnehin spärlichen Mittel von 9,95 Mio DM um 2,5 Mio DM auf 7,45 Mio DM gekürzt. Ein Jahr später, 1968, wurden die Mittel von 11,57 Mio DM um 3,7 Mio DM auf 7,87 Mio DM gekürzt. In zwei Jahren wurden also die Mittel um weit über die Hälfte einer normalen Jahresrate gekürzt! Und nur 25 % dieser Straßen sind bis

jetzt frostsicher ausgebaut. Jahr für Jahr müssen Millionen allein zur Beseitigung der Schäden ausgegeben werden.

Um den Erfordernissen des ständig steigenden Verkehrs auf den Landstraßen 1. und 2. Ordnung gerecht zu werden, fordert die SPD-Saar, daß die Mittel in den kommenden Haushalten mindestens verdoppelt werden.

Bei einem geschätzten Finanzbedarf von 500 Mio DM zum Neubau, Ausbau von freien Strecken, Ausbau von Ortsdurchfahrten, Rad- und Fußwegen sowie Kreuzungsbaumaßnahmen mit einer Länge von rund 1.400 km müssen in fünf Vierjahresplänen pro Jahr außer den Unterhaltungskosten mindestens 20 – 22 Mio DM aufgebracht werden.

Das Saarland kann nicht darauf ausruhen, daß der Bund seine Fernstraßen künftig schneller baut. Größere Leistungen beim Ausbau unserer Land- und Gemeindestraßen sind nach Ansicht der SPD-Saar erforderlich, um die notwendigen verkehrsgerechten Querverbindungen zu den Fernstraßen herzustellen.

Wasserstraßen

Die SPD-Saar hat schon frühzeitig den Anschluß des Saarlandes an das internationale Wasserstraßennetz gefordert. Mit dem Beschluß der Bundesregierung vom 11. Februar 1969, wonach das Saarland einen Wasserstraßenanschluß erhalten soll, und dem ersten Spatenstich zum Saardurchstich am 3. September 1969 durch Bundesverkehrsminister Leber wurde ein Anfang gemacht. Die SPD-Saar setzt sich für den Bau eines Saarpfalz-Rhein-Kanals als die optimale Lösung eines Wasserstraßenanschlusses für das Saarland ein. Die SPD-Saar wird sich ferner bemühen, die Kanalisierung der Saar von Saarbrücken bis in den Wirtschaftsraum Merzig-Mettlach weiterzuführen.

Eisenbahnen

Die Saarwirtschaft stützt sich sowohl im innersaarländischen als auch im Verkehr mit anderen Wirtschaftsräumen stark auf die Eisenbahn. Etwa 13% des gesamten Güterverkehrs der Deutschen Bundesbahn werden gegenwärtig im Bereich der Bundesbahndirektion Saarbrücken verfrachtet, obwohl deren Schienennetz nur 4,7% des gesamten Netzes beträgt. Trotz dieser "Bahnorientierung" entsprechen die Bahnverbindungen des Saarlandes gegenwärtig nur zum Teil den Vorstellungen einer verkehrsgünstigen Lage. Die SPD-Saar setzt sich dafür ein, daß möglichst bald eine direkte Bahnstrecke nach Luxemburg gebaut wird, die das Saarland mit Brüssel und den belgischen und niederländischen Seehäfen verbinden würde. Es geht dabei insbesondere um die Lücke zwischen dem saarländischen und luxemburgischen Eisenbahnnetz. Die Bahnstrecken über Trier nach Koblenz bzw. Köln sind wegen der topographischen Bedingungen keine idealen Verbindungen. Hier muß nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht werden. Außerdem müssen im Saarland dringend die modernen technischen und organisatorischen Einrichtungen und Verfahren, wie im Eisenbahn-Güterverkehr der Container- und Huckepackverkehr, weiter ausgebaut bzw. eingeführt werden. Entsprechend dem Bedarf der verladenden Wirtschaft sind in industriellen Schwerpunkten Container-Bahnhöfe zu errichten. Neue Industriegebiete sollen Gleisanschluß erhalten.

Personenverkehr

Besondere Bedeutung kommt der Verbesserung des Personennahverkehrs zu. Gute und angenehme Verkehrsverbindungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz dienen dem arbeitenden Menschen. Außerdem bestimmt die Leistungsfähigkeit des Nahverkehrssystems die Standortattraktivität des Saarlandes wesentlich mit.

Daher fordert die SPD-Saar: Alle Nahverkehrsunternehmen müssen in einer Verbundgesellschaft zusammengefaßt werden. Diese Verbundgesellschaft hätte dann den gesamten öffentlichen Personenverkehr so zu planen und zu gestalten, daß die Verkehrsbedienung in der zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten Weise sichergestellt, der Straßenverkehr entlastet, der Schienenverkehr gestärkt und der Übergang zwischen den Verkehrsmitteln erleichtert wird.

Flugverkehr

Die Zuwachsraten im Luftverkehr, die in den letzten Jahren von keinem Verkehrsmittel erreicht wurden, beweisen seine große Bedeutung im modernen Verkehrswesen. Das gilt sowohl für den Personen- wie für den Luftfrachtverkehr. Zwischen 1957/58 und 1966/67 hat sich das Luftfrachtaufkommen im Bundesgebiet verfünffacht. Leistungsfähige Flugverbindungen spielen bei den Standortüberlegungen ansiedlungswilliger Unternehmen zunehmend eine Rolle. Nach Ansicht der SPD-Saar muß dem Rechnung getragen werden.

Als Mittel- und Kurzstreckenflughafen eignet sich der Flughafen Saarbrücken-Ensheim besonders gut. Mit dem Bau eines neuen Flughafengebäudes und dem Ausbau der Flugsicherung werden jetzt wesentliche Voraussetzungen für einen besseren Anschluß des Saarlandes an den Luftverkehr geschaffen. Der Bau eines gemeinsamen überregionalen Flughafens für das Saarland, Lothringen und Luxemburg muß geprüft werden.

Neben dem Ausbau des Straßennetzes und der dadurch zu erreichenden größeren Sicherheit und Flüssigkeit des Kraftfahrzeugverkehrs sind alle Möglichkeiten zu nutzen, die den einzelnen Verkehrsteilnehmergruppen die notwendigen Schutzmaßnahmen im modernen Straßenverkehr bieten.

Ein weiteres Ansteigen der Verkehrsunfallziffern muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vermieden werden. Dazu zählen:

Intensivierung der Jugendverkehrserziehung, eine den heutigen Erfordernissen gerecht werdende Entmischung des Verkehrs und die verstärkte behördliche Förderung der für die Verkehrssicherheit tätigen Organisationen.

Die raumordnungspolitische Konzeption der SPD-Saar richtet sich aus an den langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten nicht nur an der Saar, sondern auch in dem grenznahen lothringischen Kohlengebiet und dem Moseltal von Thionville bis Nancy, aber auch der Westpfalz und Luxemburgs. Keine dieser Regionen hat für sich allein genug Substanz, gemessen an der Bevölkerungsmassierung und dem Arbeitskräftepotential, um zwischen den Schwerpunkten der Rheinachse einerseits und den Industriezonen von Paris, Lyon, Südbelgien andererseits ein selbständiges Wirtschaftszentrum zu bilden. Zusammen, d.h. bei Nutzung der Vorteile eines stärkeren internen Verbundes, haben die Saar, Lothringen und die Westpfalz diese Chance. Erst wenn es gelingt, die gesamte Region "Saar-Lor-Lux" zu einem neuen Wachstumskern zu machen, hat die Saar günstige Zukunftsaussichten. Die SPD-Saar wird daher ihre schon vorhandenen Gesprächsansätze vor allem mit lothringischen, aber auch mit Luxemburger Politikern fortsetzen und intensivieren, um den gemeinsamen Interessen durch eine koordinierte Raumordnung Rechnung zu tragen.

Der frühere Bundesaußenminister, Willy Brandt, hatte diese Problematik schon in die halbjährlichen deutsch-französischen Konsultationen aufgenommen, und der jetzige Bundeskanzler Brandt betraute den Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid sofort nach der Regie-

rungsbildung mit der Funktion eines Koordinators für die deutsch-französischen Gespräche und insbesondere mit der Verhandlung über die Probleme an der lothringisch-saarländischen Grenze. Die SPD-Saar wird auf eine Intensivierung dieser Gespräche drängen. Von besonderer Bedeutung ist dabei für beide Seiten eine Einigung auf die Förderung der Ost-West-Verkehrs- und Industriachse, die von Stuttgart-Rhein-Maingebiet - Kaiserslautern - Homburg/Zweibrücken - Saarbrücken-St. Avold - Metz nach Paris verläuft.

Umfangreiche Untersuchungen über die genaue Führung eines Saar-Pfalz-Rhein-Kanals und seine Fortführung auf französischem Gebiet in das Pariser Becken sind auf deutscher und französischer Seite jetzt endlich voll in Gang gekommen.

Die Erholung des arbeitenden Menschen in seiner Freizeit ist nicht nur eine gesellschaftspolitische Aufgabe, sondern muß auch in dem umfassenden Zusammenhang einer modernen Raumordnungspolitik gesehen werden, die hierfür die Voraussetzungen zu schaffen hat. Der „Freizeitwert“ eines bestimmten Gebietes spielt außerdem eine Rolle für die Standortbestimmung ansiedlungswilliger Unternehmen, die den Zuzug von Arbeitskräften erwarten. Das gilt insbesondere für das Saarland, dem zu Unrecht der Ruf vorausgeht, als Standort der Gruben- und Hüttenindustrie in dieser Beziehung wenig attraktiv zu sein.

Für eine von der SPD-Saar getragene Regierung ist dies kein neues Schlagwort; sie wird vielmehr zielstrebig durch eine überzeugende Image-Pflege und durch Investitionen in den Freizeitwert des Saarlandes dieses Bild zu korrigieren wissen. Sie wird die bisher noch fehlenden Untersuchungen sofort erstellen lassen über

- Umfang und Art der Ansprüche der Bevölkerung an die Ausstattung der Erholungsgebiete, den Flächenbedarf und die verkehrsmäßige Erschließung,
- Kosten und Nutzen möglicher Erholungseinrichtungen und -flächen,
- geeignete Träger für Planung, Durchführung und Finanzierung der einzelnen Projekte.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß vor allem die land- und forstwirtschaftlichen Gebiete um die Verdichtungs- zentren Saarbrücken, Saarlouis, Völklingen, St. Ing- bert, Neunkirchen und Homburg stärker als bisher be- wußt geplant und gestaltet werden können, wird sie u. a. folgende Projektgebiete selbst fördern bzw. in den Katalog der Förderung durch das „Aktionspro- gramm Saarland-Westpfalz“ der Bundesregierung auf- nehmen lassen:

– Naherholungskette vom Bisttal im Süden des Saar- landes bis zum Niedtal bei Siersburg.

- Die Ansätze zu einem Fremdenverkehrszentrum und, vor allem, Wochenenderholungsgebiet im Schwarz- wälder Hochwald könnten erweitert und ausgebaut werden. Zusätzliche Attraktionen könnten hier durch größere Wasserflächen geschaffen werden, an de- ren Finanzierung die Bundesregierung ihre Beteili- gung ebenfalls im Aktionsprogramm Saarland-West- pfalz schon zugesagt hat: Stausee Bosen, Stausee Losheim und Nahestau Oberthal-Neunkirchen.
- Im Osten sollten die Ansätze für Naherholungszent- ren in Niederwürzbach, Jägersburg und Kirkel ge- fördert werden. Ebenso sollte untersucht werden, ob dafür zwischen Homburg und Zweibrücken die topo- graphischen und wasserwirtschaftlichen Vorausset- zungen gegeben sind.

Bildung, Ausbildung und Wissenschaft

Bildung, Ausbildung und Wissenschaft sind Kernfragen unserer Zeit. Sie entscheiden über das Schicksal unserer Jugend, aber auch jedes Erwachsenen. Eine gut ausgebildete Jugend sichert die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft in Gegenwart und Zukunft und gewährleistet auch die soziale Sicherheit der heutigen mittleren und älteren Generation. Bildung bringt nicht nur bessere Chancen für die Jugend, sondern zugleich größere wirtschaftliche, soziale und politische Sicherheit für alle. Bildung ist nicht Luxus, sondern Grundvoraussetzung für die Existenzfähigkeit des Einzelnen und unserer Gesellschaft. Bildung ist Grundpflicht und Grundrecht jedes Menschen in unserer und für unsere Gesellschaft.

Bildung ist immer zugleich auch Ausbildung, so wie diese ohne Bildung für uns nicht denkbar ist. Sozialdemokratische Bildungspolitik folgt nicht einseitig den Grundsätzen der Leistungsmaximierung oder Menschenformung, der Effektivität oder Demokratisierung, sondern sie sieht dies alles als notwendige Bestandteile eines Ganzen an.

„Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reformen“: Diese Äußerung des Bundeskanzlers Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 gilt auch und insbesondere für das Saarland, ebenso wie die nachfolgende Feststellung: „Schwere Störungen des gesamten Bil-

dungssystems ergeben sich daraus, daß es bisher nicht gelungen ist, die vier Hauptbereiche unseres Bildungswesens – Schule, Hochschule, Berufsausbildung und Erwachsenenbildung – nach einer durchsichtigen und rationalen Konzeption zu koordinieren. Solange aber ein Gesamtplan fehlt, ist es nicht möglich, Menschen und Mittel so einzusetzen, daß ein optimaler Effekt erzielt wird.“ Mit anderen Worten: Jede Teilreform in unserem Bildungswesen muß unter der Perspektive der Gesamtkonzeption erfolgen.

Bildungspolitik im Saarland

Ziele und Zeitplan

Erstes und oberstes Ziel der Bildungspolitik der SPD ist es, die Freiheit und Gleichheit der Menschen durch eine demokratische Erneuerung aller Lebensverhältnisse zu verwirklichen. Mitbestimmung und Selbstbestimmung der Menschen müssen auch im Bildungswesen an die Stelle überkommener Verhältnisse der Fremdbestimmung treten.

Die Demokratisierung von Bildung und Gesellschaft hat ihr Ziel in dem Abbau aller unkontrollierten, demokratisch nicht legitimierten Macht. Das geschieht durch planvolles, schrittweises Vorgehen, für das im folgenden mittelfristige Zielvorstellungen (bis 1980) vorgelegt werden. In einem gesondert erscheinenden „Bildungspolitischen Grundsatzprogramm der SPD-Saar“ werden sie ausführlicher und konkreter dargestellt.

Organisation und Aufgaben des Bildungswesens

Das Bildungswesen ist als Ganzes zu sehen und einfach und flexibel neu zu organisieren. Gesamtschule (einschließlich Vorschule und Grundschule), Gesamthochschule und Volkshochschule sind als Einheit nach denselben Prinzipien zu gestalten.

Die **Vorschule** (vom vollendeten 4. Lebensjahr an, auf Wunsch der Eltern auch früher) überwindet die Ungleichheit der Bildungschancen durch rechtzeitige individuelle Förderung aller Kinder, insbesondere auch durch die rechtzeitige sonderpädagogische Betreuung behinderter Kinder. Der Übergang in die Grundschule ist bei entsprechenden Fähigkeiten und Leistungen jederzeit möglich.

Die **Grundschule** (in der Regel vom vollendeten 5. Lebensjahr an) setzt die individuelle Förderung fort und eröffnet allen Kindern Möglichkeiten der besonderen Entwicklung ihrer Fähigkeiten und der aktiven Auseinandersetzung mit der Alltagswelt. Dabei wird zunehmend die Gelegenheit zur Selbstentscheidung für sachmotivierte Aufgaben gegeben.

Der Ausbildungsplan für Grundschullehrer muß kurzfristig um die Problemstellungen der Vorschule erweitert werden. Kindgemäße Formen des Lernens und ihre Anwendung in der aktiven Auseinandersetzung dieser Kindergruppen mit ihren eigenen Problemen muß der Grundschullehrer beherrschen, wenn er auch an den Vorschulen tätig sein soll.

Ein schulpsychologisch-medizinischer Beratungsdienst muß Eltern, Kinder und Lehrer in den altersspezifischen Fragen beraten.

Da die Vorschulen nur schrittweise eingeführt werden können, sollen sie in strukturell besonders benachteiligten Gebieten zuerst eingeführt werden.

Die **Gesamtschule** (Sekundarschulbereich) integriert die bisherigen klassenspezifischen Schultypen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, berufsbildendes Schulwesen) zu einer neuen, einheitlichen Schule. Sie bietet allen Jugendlichen individuelle Möglichkeiten der selbständigen Entwicklung ihres gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins, der Berufsorientierung und der Berufsbildung. Die Einbeziehung der Berufs- und Arbeitswelt in die Gesamtschule macht einen grundlegenden Bereich unserer Gesellschaft zur gemeinsamen Erfahrung aller und erleichtert die Wahl studien- oder berufsbezogener Bildungswege. Mit dem vollendeten 17. Lebensjahr sollte ein erster Berufsabschluß erzielt oder der Zugang zur Gesamthochschule eröffnet sein. Das Lehrerstudium muß kurzfristig auf den Übergang zur Gesamtschule umgestellt werden. Die Integration der bisherigen Schultypen kann nur schrittweise erfolgen. Beim Bau neuer Schulen muß diese Konzeption mit der Errichtung großer Schulzentren Berücksichtigung finden.

Die Einführung von ein- bis zweijährigen Berufsorientierungsphasen hat mit der Einrichtung von Berufspraktiken in Industrie, Handwerk und Handel Hand in Hand zu gehen.

(Kurzfristig zu treffende Maßnahmen: Reform des Lehrerstudiums, Errichtung großer Schulzentren, schrittweise Integration der gegenwärtigen Schulformen, Einrichtung von Schulpraktiken in Industrie und Handwerk und einer ein- bis zweijährigen Berufsorientierungsphase.)

Die **Gesamthochschule** integriert Universität, Pädagogische Hochschule, Musikhochschule, Fachhochschule (einschließlich Werkkunstschule), Fach-Akademien und andere Institutionen des tertiären Bereichs. Sie bildet eine Einheit, die flexible Differenzierungen und gleitende Übergänge in Studium, Forschung und Lehre ermöglicht. Sie bietet allen an ihr Tätigen Freiheit der Selbstbestimmung in ihrer wissenschaftlichen Forschung, verpflichtet sie aber zur öffentlichen Darlegung ihrer Ergebnisse. Die Studenten können, gestützt auf eine kontinuierliche Studien- und Berufsberatung, ihr Studienziel frei wählen und ihren Studiengang selbst bestimmen. Familienunabhängige Förderung und ein Angebot an flexiblen, wissenschaftlich geplanten Studiengängen ermöglichen den Studenten eine unbelastete Auseinandersetzung mit den Grundfragen ihrer Studieninhalte. Durch forschendes Lernen kommen sie frühzeitig dazu, sich mit den besonderen Problemen

ihres späteren beruflichen Tätigkeitsfeldes (einschließlich der Wissenschaft) kritisch zu beschäftigen. Wissenschaftlicher Nachwuchs wird besonders gefördert. Die Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Forschung mit Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unterliegt demokratischer Kontrolle. Eine Abteilung für Erwachsenenbildung dient der Öffnung der Gesamthochschule zur Gesellschaft und ermöglicht jedem den Zugang zum Studienbeginn oder Weiterstudium. Angesichts des raschen technischen Fortschritts dient sie auch dazu, den Wissensstand aller Bürger auf der Höhe der Zeit zu halten.

Vordringlich zu treffende Maßnahmen: Reform der Lehrkörperstruktur, Organisationsreform, Entwicklung

einer gestärkten kooperativen Autonomie der Hochschulen, schrittweise Integration der Hochschulen, Neufassung der staatlichen Prüfungsordnungen.

Die **Volkshochschule** bildet in eigenen Häusern eine autonome Stätte der Begegnung verschiedener sozialer Gruppen, der geistigen Bewältigung persönlicher und sozialer Konflikte sowie der Auseinandersetzung mit allen Formen der Kultur. Sie arbeitet mit den Abteilungen für Erwachsenenbildung der Gesamthochschule zusammen.

Vordringlich zu treffende Maßnahmen: Regelung der Stellung der Dozenten, des Verhältnisses der Heimvolkshochschulen zu ihren Trägern, Stipendien zum Besuch längerfristiger Kurse.

Allgemeine Grundsätze des Bildungswesens

Für alle Einrichtungen des Bildungswesens gelten folgende Prinzipien:

- Individuelle Förderung und spontane Aktivität greifen ineinander (in der Gesamtschule Leistungsgruppen statt Jahrgangsklassen, Wegfall des Sitzenbleibens).
- Lernmittelfreiheit und Wegfall der Studiengebühren sind zu garantieren.
- Die Formen des Lehrens und Lernens als Form der Begegnung zwischen Menschen werden im Sinne der Gleichberechtigung zwischen Lehrenden und Lernenden weiter entwickelt.
- Die kritische Bewältigung der gemeinsamen politischen und sozialen Probleme der Lehrenden und Lernenden wird in den Prozeß des Lehrens und Lernens aufgenommen.
- Die autoritäre Willkürlichkeit der Prüfungsverfahren wird zugunsten einer öffentlichen und fairen Selbstkontrolle der Leistungen abgebaut, Prüfungskriterien sind rational zu rechtfertigen.
- Pädagogische Tatsachenforschung dient der Kontrolle des pädagogischen Handelns und der Entwicklung neuer Medien des Lehrens und Lernens. Dazu gehören Fernstudien, Schulfernsehen, Medienverbund, Innovationsmodelle und Unterrichtsprogramme.
- Alle Einrichtungen des Bildungswesens werden auf der Grundlage von Mitbestimmung und Kollegialität geleistet und verwaltet.

Kulturelle Einrichtungen

Theater, Institutionen des Musiklebens, Film, Rundfunk, Fernsehen, Museen, Galerien, öffentliche Bibliotheken, Zeitungen und Zeitschriften, Buch- und Schallplattenverlage haben die Aufgabe, jedem Bürger die Teilnahme an den kulturellen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Gegenwart und die Begegnung mit der lebendigen Tradition nahezubringen.

Demokratie bedarf der Bildung aller

Bildung zur Demokratie kann nur in einem demokratischen Bildungswesen erfolgen. Die Demokratisierung des Bildungswesens wiederum kann nur zusammen mit einer tiefgehenden Reform unserer Gesellschaft gelingen. Der Ernstfall ist der Friede – damit macht diese Reform Ernst. Der Kult der Stärke im Kampf gegen andere muß überwunden werden, wie er die autoritäre Leistungsgesellschaft kennzeichnet, die ihr wahres Gesicht im Leitbild des kriegerischen Helden offenbart. Die Befriedung der Existenz erst kann die Voraussetzung zur freien Entfaltung der Menschen schaffen.

Tragen wir der engen Verbindung zwischen Bildungswesen und Gesellschaftsreform nicht Rechnung, werden die Ansätze der Demokratisierung des Bildungswesens in eine bloß technokratische Modernisierung umschlagen, die an den entscheidenden Formen der Fremdbestimmung in unseren Lebensverhältnissen nichts ändern wird.

Zur Berufsbildung

Moderne Berufsbildung ist ein Individualrecht und eine gesellschaftliche Forderung. Jeder Mensch hat ein Recht auf die volle und freie Entfaltung seiner persönlichen Kräfte und auf die Gestaltung eines menschenwürdigen Lebens. Die Gesellschaft fordert den gut ausgebildeten Menschen, damit die Wirtschaft in all ihren Bereichen ihre den Menschen dienende Aufgabe erfüllen kann. Von diesen beiden Blickpunkten her kommt der Berufsbildung größte Bedeutung zu.

Die SPD tritt für eine Berufsbildung ein, die das Bewußtsein von Freiheit und Würde des Einzelnen stärkt und zugleich auch den Erfordernissen einer industriewirtschaftlichen Gesellschaft entspricht.

Das bedeutet:

1. Die Berufswahl soll nicht dem Zufall überlassen bleiben. Schon in der vorberuflichen Zeit müssen dem jungen Menschen verstärkte Hilfen für die Berufswahl gegeben werden.
2. Berufs- und Bildungsberatung müssen auch während der Ausbildungszeit erteilt werden. Dafür sind neue Einrichtungen zu schaffen und bereits bestehende auszubauen.
3. Das duale System der Berufsbildung (Betrieb/Schule) ist auf seine Wirksamkeit hin wissenschaftlich zu untersuchen. Alternativsysteme sind zu erproben.
4. Berufsbildung ist auf die Gesamtbildungsaufgabe zu beziehen. Sie soll nicht nur Kenntnisse und Fer-

tigkeiten vermitteln, sondern durch eine breit angelegte Berufsgrundbildung auch die Individualität des jungen Menschen und seine berufliche Mobilität sichern.

5. Die berufsbegleitende Teilzeitschule ist zeitgemäß auszubauen. Berufsschulzentren sind zu entwickeln. Eine stärkere behördliche Förderung der Berufsschulen ist besonders im Hinblick auf den Strukturwandel der Wirtschaft und der Berufsbildung notwendig, der durch neue Werkstoffe und Erzeugnisse, neue Technologien sowie höhere Formen der Organisation und der Produktion (Datenverarbeitung, Programmieren, Elektronik und Kybernetik) eingetreten ist.
6. Das Berufsfachschulwesen ist zu fördern. Die fachtheoretische und fachpraktische Berufsbildung durch Berufsfachschulen, die dem gleichen oder einem verwandten Ausbildungsziel dienen, muß in angemessenem Umfang stärker als bisher anerkannt werden.
7. Die Bildungswege, die über die Berufsbildung zur Fachschulreife, Fachhochschulreife und zur allgemeinen Hochschulreife führen, sind zu verbessern. Auch Querverbindungen zwischen dem allgemeinbildenden und dem berufsbildenden Schulwesen sind verstärkt herzustellen.
8. In die Erprobung der Gesamtschule sind auch berufliche Schulen, auch deren Teilzeitformen, einzubeziehen.

Berufsausbildung - zukunftsorientiert

In ihren gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wird die SPD davon ausgehen, daß die Verbesserung der Beschäftigungschancen die Verbesserung der Berufschancen voraussetzt. Die Sicherung der Arbeitsplätze hängt in Zukunft entscheidend von einem modernen Aus- und Fortbildungssystem ab. Das gilt vor allem für die saarländische Wirtschaft, welche ihre Monostruktur verlieren und sich stärker auf Wachstumsindustrien stützen will. Besonders nachteilig wirkt sich allerdings die Tatsache aus, daß unser Ausbildungssystem angebotsorientiert ist, obwohl es sich doch, wie das Strukturprogramm Saar ausführlich hervorhebt, am zukünftigen Arbeitskräftebedarf orientieren müßte. Dieses System führt allzuoft zu falschen Berufen und damit zu unnötigen Berufsveränderungen. Das gilt vor allem für die jugendlichen saarländischen Arbeitnehmer mit einer abgeschlossenen Handwerkslehre, die zu einem erheblichen Teil in berufsfremde Industriestellen abwandern müssen. Daher wird die SPD-Saar für den beschleunigten Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten eintreten, wie sie im Aktionsprogramm Saar-Westpfalz vorgesehen sind. Da das bisherige einseitige Ausbildungssystem in absehbarer Zeit umfangreiche Berufskorrekturen verlangt, ist die Einrichtung überbetrieblicher Umschulungszentren erforderlich. Obwohl die Notwendigkeit der Ausbildungs- und Umschulungszentren durch Gutachten und Programme

wiederholt festgestellt worden ist, ist von der bisherigen Regierung kaum etwas getan worden.

Die SPD-Saar wird deshalb die Durchführung der einzelnen Projekte vorantreiben. Außerdem wird sie die Bereitschaft der Bundesregierung, der Bundesanstalt für Arbeit und der Hohen Behörde zur umfassenden Hilfe für berufsfördernde Einrichtungen aufgreifen und den **Aufbau eines Berufsbildungszentrums** fördern. Diese Institution wird neben den bestehenden betrieblichen und außerbetrieblichen Einrichtungen ergänzende Aufgaben übernehmen, die sich auf die Ausbildung für bestimmte Mangelberufe, die Ausbildungsergänzung zur Facharbeiterprüfung, die Berufsum- und -weilerschulung arbeitsloser Arbeitnehmer und die beruflichen Fortbildungsmaßnahmen erstrecken. Sie soll außerdem die übrigen überbetrieblichen Ausbildungs- und Umschulungseinrichtungen koordinieren und damit eine einheitliche, auf die künftigen Berufsbedürfnisse aller saarländischen Arbeitnehmer abgestellte Berufspolitik fördern.

Wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit, politische Stabilität und gesamter Fortschritt sind abhängig von der ständigen Weiterbildung aller Bürger. Daher kann Erwachsenenbildung in einer Gesamtkonzeption für das Bildungswesen nicht mehr fehlen.

Schule, Hochschule und Berufsausbildung können kein umfassendes und abgeschlossenes Wissen mehr bieten, daher muß die Erwachsenenbildung heute auch die Bereiche von Schule und Hochschule ergänzen. Schule, Hochschule und Erwachsenenbildung müssen eine Einheit sein und dürfen nur Stufen im gesamten Bildungsprozeß sein. Die einzelnen Bildungswege sollen nicht isoliert nebeneinander stehen, sondern sollen einander ergänzende Formen im Gesamtsystem sein.

Diese bildungspolitische Notwendigkeit verpflichtet daher Bund, Länder und Gemeinden, die Erwachsenenbildung, die Ausbildung ihrer Mitarbeiter und ihre Forschungsaufgaben in gleicher Weise wie die Einrichtung des öffentlichen Bildungswesens zu finanzieren. Das dichte Netz der Volkshochschulen gewährleistet eine wirtschaftliche Finanzierung und bietet eine größere Voraussetzung für ein Bildungsangebot, das den verschiedensten Bedürfnissen gerecht werden kann. So befassen sich die Volkshochschulen heute neben der Erfüllung ihrer bisherigen Bildungsaufgaben mit berufsbezogenen Zertifikatskursen, langfristigen Seminar-

Programmen und mit der unterstützenden Funktion des Fernstudiums (Fernlehrinstitute, Funkkollegs und Telekollegs).

Deshalb hat auch das Präsidium des Deutschen Städtetages in diesem Jahr folgenden bemerkenswerten bildungspolitischen Beschluß verabschiedet:

„Die öffentliche Aufgabe der Volkshochschule und ihre integrierende Funktion können nicht durch gruppengebundene Einrichtungen der Erwachsenenbildung ersetzt werden. Die Volkshochschulen sind die einzigen Institutionen, die sich ausschließlich und mit großer Intensität um die Erwachsenenbildung bemüht haben. Sie müssen auch in einem Gesamtsystem der Erwachsenenbildung, das durch Koordinierung und Kooperation zwischen den verschiedenen Trägern zu entwickeln ist, das geistige, pädagogische und organisatorische Zentrum bleiben.“

Auch im Bereich der Erwachsenenbildung muß die Gleichheit der Bildungschancen gegeben sein. Das regionale Gefälle, das hier im Saarland mit aller Deutlichkeit hervortritt, muß – nach Auffassung der SPD-Saar – beseitigt werden.

Sportförderung

Größere physische und psychische Belastung in der industriellen Gesellschaft erfordert zum Ausgleich den aktiven Sport in der Freizeit. Die Grundlagen dafür sind eine stärkere Integrierung der Leibeserziehung in das Bildungsprogramm der Schulen und Hochschulen sowie eine intensive Sportförderung.

Neben der Funktion des Sports als körperlichem Ausgleich ist vor allem auch seine Bedeutung für die Erziehung und als wichtige soziale Grundlage hervorzuheben.

Das Programm zur Förderung des Sports ist eine notwendige Ergänzung aller Maßnahmen zur Bildung, Erziehung und Gesundheitsförderung. Das gilt für den Sport in Schulen und Hochschulen, Vereinen und Verbänden und für dessen Formen als Breiten-, Leistungs- und Spitzensport.

Sport in der Schule

In der Schule sollen sich alle Begabungen der Schüler entfalten können, auch die sportlichen.

Die SPD fordert differenzierten Sportunterricht, ständige enge Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen, um leistungswilligen jungen Menschen das sportliche Erlebnis näherzubringen und den Weg zum sportlichen Erfolg zu ebnet.

Die SPD fordert, den sportlich interessierten und begabten Schülern zu ermöglichen, ihre Begabungen im differenzierten Sportunterricht in den Jahrgangsklassen, in Neigungs- und Leistungsgruppen sowie in freiwilligen Sportgemeinschaften zu entfalten.

Die SPD wünscht, daß sich Partnerschaften zwischen Schulen und Vereinen (Fachsparten) für Neigungs- und Leistungsgruppen und freiwillige Sportgemeinschaften bilden. Dazu sind die Hilfen der Gemeinden und Landkreise erbeten.

Sportstättenbau

Die Empfehlungen der Deutschen Olympischen Gesellschaft zum Sportstättenbau ("Goldener Plan") waren seit 1960 zumeist die Grundlage des Sportstättenbaues in unserem Land. Sie sind im Saarland zum Teil übertroffen worden. Daran hat die SPD mitgewirkt.

Schulbau ist zugleich Sportstättenbau.

Die SPD fordert, daß

- keine Schule ohne Sportstätte entsteht;
- Schulsportstätten so angelegt werden, daß sie auch dem öffentlichen Sport dienen können;
- Sportanlagen für große Schuleinheiten so geplant und gebaut werden, daß dadurch gleichzeitig die Bedürfnisse der Sportvereine und -verbände erfüllt werden.

Sportförderung für Vereine und Verbände

Die Eigeninitiative der Turn- und Sportvereine und der Verbände ist die Voraussetzung für die Förderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand.

In der öffentlichen Verwaltung bestimmen Organisationsform und personelle Besetzung, in welcher Weise eine Behörde wirken kann und welches Ansehen sie genießt.

Die SPD fordert, daß in größeren Gemeinden und Ämtern sowie in den Landkreisen eigene Dienststellen für die Förderung des Sports eingerichtet werden.

Breitensport, Leistungssport und Spitzensport stehen in notwendiger Wechselbeziehung.

Die Förderung des Breitensports ist gut erreichbar durch intensivierte Jugendarbeit.

Die SPD wünscht, die Jugendarbeit in den Turn- und Sportvereinen durch gesicherte jährliche Zuschüsse der Gemeinden und Kreise weiterzuentwickeln.

Grundanliegen der SPD ist es, sportliche Talente entschlossener und systematischer als bisher zu fördern, um dadurch der Jugend Anreize zur sportlichen Betätigung zu geben.

Förderung des Leistungssports

Die Landesregierung soll bemüht sein, Trainingszentren auszubauen, hauptamtliche Trainer anzustellen, die Information aller ehrenamtlichen Übungsleiter zu verbessern, Leistungs- und Neigungsgruppen in den Schulen sowie freiwillige Schülersportgemeinschaften zu bilden, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Schulen mit den Turn- und Sportvereinen zu vertiefen und zu verbessern.

Städte, Gemeinden und Landkreise sollten organisatorische, sachliche und personelle Hilfen bei der Bildung von Neigungs- und Leistungsgruppen geben.

Erfolge des deutschen Sports in internationalen Wettkämpfen werden wesentlich von den Förderungsmaßnahmen und der Stellung des Sports in unserer Gesellschaft abhängig sein. Der intensive Aufbau einer Leistung des Sportlers muß in dessen jungen Jahren beginnen. Die schulische oder berufliche Ausbildung und erste berufliche Bewährungsungen fordern zur selben Zeit hohen Einsatz. In diesen Zeitraum fällt ein entscheidender Abschnitt der sich bildenden Persönlichkeit, der zu schaffenden beruflichen Voraussetzungen und des für sportliche Höchstleistungen entscheidenden Trainings. Der Sportler kann Schwierigkeiten überwinden, wenn die Gesellschaft ihm hilft.

Spitzensportler und talentierte Nachwuchssportler sollen sich auf sportliche Höchstleistungen vorbereiten können, ohne deshalb Nachteile hinnehmen zu müssen. Die SPD fordert, daß Spitzensportlern und talentierten Nachwuchssportlern optimale Förderung für Training und Wettkampf durch eine angemessene Urlaubsregelung und Freizeitgewährung ermöglicht wird. Regional und örtlich können z. B. der Stiftung Deutsche Sporthilfe angeschlossene Förderungsgruppen dafür bei Tarifpartnern, Arbeitgebern, Bundeswehr, Polizei, Universität, Schule usw. einwirken.

Gesellschaftspolitik – Dienst für den Menschen

Für uns Sozialdemokraten ist Gesellschaftspolitik ein Mittel zur Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates. Die großen gesellschaftspolitischen Reformen zur modernen, sozialen und demokratischen Gestaltung unserer Industriegesellschaft, wie etwa bei der Vermögensbildung und Mitbestimmung, werden in Bonn gemacht. Seit Sozialdemokraten dort an der Regierung sind, geht es damit gut voran. Aber solche Reformen bedürfen außerdem der Unterstützung und Ergänzung durch die fortschrittlichen politischen Kräfte in den Bundesländern und durch deren Regierungen. Die SPD-Saar ist entschlossen, zur Verwirklichung dieses sozialen Rechtsstaates ihren Beitrag zu leisten. Für sie stehen die sozialen Aufgaben an der Spitze der Gesellschaftspolitik im Saarland. Denn Gesellschaftspolitik ist Dienst für den Menschen.

Gesundheitswesen

Ein gleich wichtiges Problem wie das der Bildung und Weiterbildung ist das der Gesunderhaltung unserer Bevölkerung. Die SPD sieht es daher auch weiterhin als ihre besondere Verpflichtung an, die von der medizinischen Wissenschaft erarbeiteten modernen diagnostischen und therapeutischen Verfahren möglichst weiten Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen. Dies gilt ganz besonders für die im Bereich der Vorsorgemedizin entwickelten Untersuchungsprogramme, die geeignet erscheinen, zahlreiche, zum Teil schwere Erkrankungen im Kindes- und im Erwachsenenalter bereits zu einem Zeitpunkt zu erkennen, da deren Behandlung noch möglich und erfolgversprechend ist.

Vorbeugen ist besser als heilen!

Gerade in dieser Hinsicht ist im Saarland bisher vieles versäumt worden.

Aufklärung und Vorsorge tun not

Hier wäre in erster Linie an eine intensive gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung zu denken. Dabei müßte immer wieder auf die heute so häufigen Fehler in der Lebensführung, sei es hinsichtlich der Ernährung, der mangelnden Bewegung und des übermäßigen Genußmittelkonsums, zum anderen aber auch auf die Frühsymptomatik bestimmter Gesundheitsstörungen – hier insbesondere der Krebserkrankungen – hingewiesen werden. Nur so ist es auf lange Sicht möglich, den Gesundheitszustand unserer hart arbeitenden Bevölkerung zu heben und potentiell kranke Menschen rechtzeitig dem Arzt zuzuführen.

Jedermann sollte auch hier im Saarland die Möglichkeit haben, sich gegebenenfalls vom Arzt seines Vertrauens vorsorglich untersuchen zu lassen. Entsprechende Vorsorgeprogramme sind von seiten der Ärzteschaft in praktikabler Form entwickelt worden. Ihre Anwendung in der Praxis darf nicht an der leidigen Kostenfrage scheitern.

Eine von der SPD-Saar getragene Landesregierung wird sich daher um die Durchführung von gesundheits-erzieherischen Maßnahmen auf breiter Basis und die Einführung von Vorsorgeuntersuchungen auf gesetzlicher Grundlage auch in unserem Lande bemühen.

Mutterschutz- und Jugendarbeitsschutzuntersuchungen sind – nicht zuletzt auf Drängen der SPD-Sozialpolitiker – inzwischen auf Bundesebene eingeführt. Damit ist zumindest ein kleiner Anfang gemacht! Als nächstes sollte jetzt das von erfahrenen Medizinern entwickelte Vorsorgeprogramm für das Säuglings- und Kleinkindesalter bis zum 5. Lebensjahr in die Praxis eingeführt werden. Gerade in diesem Lebensabschnitt können die für die weitere Entwicklung wesentlichen Gesundheitsstörungen frühzeitig erkannt und dann auch mit Erfolg behandelt werden.

Mehr Ärzte in den Schulen

Intensiviert werden sollten auch die schulärztlichen Untersuchungen. Sie sollten regelmäßig, in nicht zu großen Abständen – wenn irgend möglich in jedem Schuljahr – von qualifizierten Schulärzten durchgeführt werden.

Hier sollte besonderes Augenmerk auf die gerade im Schul- und Wachstumsalter häufig auftretenden Haltungsschäden gerichtet werden, wobei dafür oft die ungeeigneten, weil für unsere beschleunigt wachsenden Jugendlichen zu kleinen Schulbänke ebenso wesentlich mitverursachendes Moment sind wie die oft fehlenden Turnstunden unter Anleitung eines ausgebildeten Sportlehrers.

Für bereits haltungsgeschädigte Kinder müßte auch im Saarland die Möglichkeit des orthopädischen Sonderturnens geschaffen werden. Dies nicht nur für die Kinder in den Städten, sondern auch für die auf dem Lande.

Bei der Häufung von Zahnschäden durch Karies und durch Kieferanomalien sollte auch der schulzahnärztlichen Betreuung unserer Kinder wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Schon jetzt besteht für die Gesamtbevölkerung ein zahnärztlicher Engpaß. Es ist unverständlich, daß die Regierung in den letzten Jahren die Ausbildung von Zahnärzten an unserer Universität scharf beschränkte.

Hinsichtlich der Jugendarbeitsschutzuntersuchungen müßte durch geeignete Maßnahmen der Regierung sichergestellt werden, daß die nach Ablauf eines Jahres vorgesehenen Nachuntersuchungen in jedem Falle erfolgen, da nur so die im ersten Berufsjahr auftretenden Schäden rechtzeitig erkannt und behandelt werden können, gegebenenfalls auch ein Berufswechsel in eine geeignetere Tätigkeit erfolgen kann.

Kampf dem Krebs und der Tbc

Die SPD-Saar setzt sich dafür ein, daß der im Saarland im Sommer 1969 erneut gebildete Ausschuß zur Krebsbekämpfung endlich mit der praktischen Arbeit beginnen kann, wobei sie der Auffassung ist, daß der Anfang mit einer Aufklärungsaktion der Bevölkerung über die Frühsymptomatik der verschiedenen Krebserkrankungen gemacht werden sollte. Nur der informierte Patient ist in der Lage, frühzeitig den Arzt aufzusuchen, zu einem Zeitpunkt also, in dem die Erkrankung noch mit hohen Erfolgsaussichten behandelt werden kann. Entsprechende praktikable Untersuchungsprogramme der Ärzteschaft liegen vor und werden in anderen, von der SPD geführten, Bundesländern bereits seit vielen Jahren angewandt.

Die SPD-Saar fordert, daß die Voraussetzungen für solche Voruntersuchungen der erwachsenen Bevölkerung auch im Saarland schleunigst geschaffen werden! Außerdem sollte das schon laufende Vorsorgeprogramm der Diabetesfrüherkennung fortgeführt und auf noch weitere Bevölkerungskreise ausgedehnt werden. Nicht außer acht gelassen werden darf die Tuberkulosebekämpfung, wobei das Ziel die völlige Ausrottung dieser auch heute noch gefährlichen Volksseuche sein sollte. Auch das dürfte nur durch Einführung von regelmäßigen, zunächst jährlichen, Röntgen-Reihenuntersuchungen der gesamten Bevölkerung erreichbar sein.

Die SPD-Saar setzt sich daher auch für die Durchführung solcher Untersuchungen auf gesetzlicher Basis ein. Nur so wird es möglich sein, bisher noch unbekannte Tuberkulose-Kranke zu ermitteln und einer geeigneten Behandlung zuzuführen. Desgleichen wird eine von der SPD-Saar getragene Landesregierung dem noch immer ungelösten Problem der Asylierung chronisch-ansteckender Kranker besondere Aufmerksamkeit schenken.

Gesundheit am Arbeitsplatz

Die Gesunderhaltung des arbeitenden Menschen ist eng verbunden mit den Arbeitsbedingungen in seinem Beruf. Unfälle und Berufskrankheiten sind häufig die Folgen von schlechten Arbeitsbedingungen. Die Automation bringt weitere Veränderungen am Arbeitsplatz. Die schweren körperlichen Belastungen nehmen ab, einseitige körperliche Beanspruchungen und nervliche Belastungen nehmen zu.

Wir müssen den gesundheitlichen Schäden, die dem schaffenden Menschen am Arbeitsplatz drohen, entgegenwirken.

Die Bundesrichtlinie zur werksärztlichen Betreuung der Arbeitnehmer und zur Errichtung werksärztlicher Dienste in den Betrieben und Unternehmen vom 10. Juni 1966 hat die zu erstrebenden wesentlichen Verbesserungen der werksärztlichen Dienste nicht zur Folge gehabt.

Die Bundesrichtlinie ist der Empfehlung der EWG-Kommission betreffend die betriebsärztlichen Dienste in den Arbeitsstätten vom 20. Juli 1962 nicht gefolgt. Sie ist vielmehr in bezug auf die Mindestbelegschaftsstärke für die Einrichtung eines werksärztlichen Dienstes ebenso wie bezüglich einer Garantie der völligen fachlichen und moralischen Unabhängigkeit der Werksärzte weit hinter den aufgestellten Mindestforderungen zurückgeblieben.

Diesen Forderungen zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung nachzukommen, ist Ziel sozialdemokratischer Politik.

Früher invalide an der Saar

Die alarmierende Tatsache, daß von 100 im Jahre 1967 im Saarland neu hinzugekommenen Rentnern nur ca. 25 die Rente wegen Erreichens der Altersgrenze, dagegen ca. 75 wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit beantragt haben, zwingt zu schnellem und wirksamem Handeln.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird das Problem der Gesunderhaltung der arbeitenden Bevölkerung in diesem Lande endlich ernst nehmen.

Sie wird sich für eine verstärkte Durchführung von medizinisch rehabilitativen Maßnahmen, vor allem im Sinne des Frühheilverfahrens, aber auch für solche Maßnahmen beruflicher Art einsetzen.

Diese Maßnahmen machen einen weiteren Ausbau der staatlichen Gesundheitsbehörde unseres Landes erforderlich, deren personelle Besetzung mit qualifizierten Ärzten, Fürsorgerinnen und technischem Personal, entsprechend den von den Gesundheitsministerien der Bundesrepublik erarbeiteten Grundsätzen, im Hinblick auf den breitgefächerten Aufgabenbereich als unzureichend angesehen werden muß.

Die Erkenntnisse der Arbeitsmedizin müssen mehr als bisher zur Verminderung von Frühinvalidität Eingang in den vorbeugenden Gesundheitsschutz finden. Der Lehrstuhl für Arbeitsmedizin an der Universität des Saarlandes muß voll ausgebaut werden.

Moderne Krankenhäuser

Hilfe für den kranken Menschen ist ein Gebot der Menschlichkeit! Nachdem durch den Einfluss der SPD inzwischen die versicherungsrechtliche Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten durch das Lohnfortzahlungsgesetz erfolgt ist, gilt jetzt ihre besondere Aufmerksamkeit der Gewährleistung einer gleichmäßigen und qualitativ hochwertigen Krankenhausbehandlung für alle Bevölkerungskreise. Das klassenlose Krankenhaus wird von der SPD-Saar als das allein gerechte Krankenhaus angestrebt. Damit verbunden ist eine Neuregelung der Krankenhausfinanzierung und die Überprüfung der Krankenhäuser des Saarlandes, ob sie den Erfordernissen der modernen Gesellschaft noch entsprechen. Die SPD-Saar fordert die Erstellung eines Landeskrankenhausplanes, der die Errichtung von besonderen Schwerpunktkrankenhäusern und einer modernen Einrichtung der darüber hinaus erforderlichen regionalen Krankenhäuser, entsprechend den lokalen Erfordernissen, umfassen muß.

Veraltete Krankenhäuser sollten – soweit sie nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten modernisiert werden können – anderen Verwendungszwecken zugeführt werden. Hierbei wäre in erster Linie an die Umwandlung in Pflegekrankenhäuser zu denken.

Speziell im Großraum Saarbrücken hält die SPD-Saar die Errichtung einer Augenfachabteilung an einem der großen Krankenhäuser für dringlich, da die Kapazität der Augenlinik Homburg und der, der Knappschaft gehörenden, Augenlinik in Sulzbach nicht ausreicht, um allen Anforderungen gerecht zu werden.

Mit Nachdruck setzt sich die SPD-Saar auch für die Schaffung eines zentralen Bettennachweises, zunächst im Großraum Saarbrücken, ein. Damit soll dem Arzt die in Notfällen zeitraubende Bettensuche und dem betroffenen Patienten das Umherfahren von einer Klinik zur anderen erspart bleiben.

Die SPD-Saar sucht außerdem nach neuen Wegen, um den Mangel an gut ausgebildeten Pflege- und technischen Hilfskräften in unseren Krankenhäusern zu überwinden. Der derzeit noch bestehende Bettenmangel darf nicht noch dadurch verschlimmert werden, daß ganze Stationen an modernen Kliniken wegen Personalmangels nicht belegt werden können.

Die SPD-Saar setzt sich ferner mit Nachdruck für den baldigen Neubau der seit langem geplanten zweiten Landesnervenklinik ein, weil die Landesnervenklinik zu klein und veraltet ist. Darüber hinaus sollten psychiatrische Tages- und Nachtkliniken, vor allem im Großraum Saarbrücken, eingerichtet werden, die zur Entlastung der Landesnervenklinik beitragen und genesenden Geisteskranken den Übergang in das normale Leben erleichtern könnten. Andere Bundesländer sind uns auf dem Gebiet der sozialpsychiatrischen Fürsorge weit überlegen.

Eine von der SPD-Saar getragene Landesregierung wird diese Aufgaben in Zusammenarbeit mit den besten Fachkräften aus allen Bereichen des Gesundheitswesens entschlossen anpacken.

Reinhaltung von Wasser und Luft

Die Gesundheit des Menschen wird nicht nur durch die Behandlung von Krankheiten erhalten, sondern auch durch weitestgehende Vorsorge für ein gesundes Leben und Schutz vor gesundheitlich ungünstigen Umwelteinflüssen.

Das Saarland weist Gebiete auf, die infolge hoher Wohndichte und der Massierung von Industrie- und Gewerbebetrieben mit besonderen Gefahren für die Gesundheit der Menschen, die darin wohnen müssen, verbunden sind.

Wer hat nicht schon an sich selbst das Ausmaß der Verunreinigung der Luft in diesen industriellen Ballungsgebieten als außerordentlich bedrückend empfunden? So entläßt im Saarland der Schornstein einer einzigen Sinteranlage, von denen es vier gibt, täglich ca. 30 000 kg oder drei Eisenbahnwaggons voll von 1/1000 mm großen eisenoxydhaltigen Staubteilchen.

Wegen dieser Gefahren, die aus der Ballung und Verflechtung von Wohn- und Industriezentren herrühren, gehört der Schutz vor Verunreinigung der Luft und der Gewässer sowie vor Lärm und Erschütterungen in unserem Lande zu den bedeutsamsten gesundheitsschützenden Aufgaben, die sowohl der öffentlichen Verwaltung wie auch der Industrie und der Wirtschaft gestellt sind.

Der Immissionsschutz ist heute nicht nur ein rein technisches Problem, sondern auch ein Problem der Rechts-

ordnung. Schutzmaßnahmen gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit der Menschen haben natürlich wirtschaftliche und finanzielle Konsequenzen, die sowohl für die Verursacher wie auch für die Allgemeinheit gelten.

Eine von der SPD-Saar geführte Landesregierung wird energisch an eine Lösung dieser Aufgaben herangehen. Die starken finanziellen Belastungen für die Betriebe zwingen aus den Gründen der gleichen Konkurrenzchancen zu gleichen Belastungen durch ein bundeseinheitliches Gesetz. Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits den Entwurf eines Landesgesetzes vorgelegt, um wenigstens bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes nichts unversucht zu lassen, um die Menschen unseres Landes vor den Belästigungen und Gefährdungen der Verschmutzung zu schützen.

Vor der letzten Landtagswahl hat der CDU-Innenminister ein weitgestecktes Programm zur Sanierung unserer Gewässer vorgelegt. Nach 5 Jahren sind unsere Wasserläufe aber schmutziger und stinkender denn je. Eine von der SPD-Saar geführte Landesregierung wird daher ein langfristiges und wirksames Programm mit den Gemeinden und Kreisen absprechen und dessen langfristige Finanzierung sichern. Falls erforderlich, wird sie mit der Vorlage eines Wassergesetzes die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, der Industrie mit Brauchwasser und die Klärung der Abwässer regeln.

Beseitigung von Lärm und Müll

Eine neue von der SPD-Saar getragene Landesregierung wird sich auch bemühen, die vielfältigen Gefahren des Lärms für die Gesundheit der Menschen einzudämmen. Ob industrielle Anlagen, Baumaschinen in Wohngebieten, der Autoverkehr oder Flugzeuge den Lärm verursachen, sie wird in enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung den Kampf aufnehmen.

Die ständig wachsende Bevölkerung sowie neue Verpackungsgewohnheiten der Verbrauchsgüterindustrie stellen bei der Müllbeseitigung neue große Probleme. Da der Bürger infolge Öl-, Gas- und Elektroheizung zunehmend weniger Abfall verbrennt, können nur große, auf Einheiten von mindestens 50 000 Einwohner ausgelegte Verbrennungsanlagen rationell zur Beseitigung des Mülls beitragen. Interkommunale Einrichtungen würde eine neue von der SPD-Saar getragene Landesregierung ebenso fördern wie Anlagen zur Klärung der Abwässer.

Staatliche Gewerbeaufsicht

Im Zusammenhang mit der Gesunderhaltung der arbeitenden Bevölkerung kommt der staatlichen Gewerbeaufsicht besondere Bedeutung zu. Die Gewerbeaufsichtsämter, die unter anderem so wichtige Aufgaben wie die Überwachung der Gewerbebetriebe auf Sicherheit und Hygiene wahrzunehmen haben, wobei ihnen in den mannigfaltigen medizinischen und arbeitshygienischen Fragen die staatlichen Gewerbeärzte beratend zur Seite stehen, müssen der Bedeutung ihrer Aufgaben entsprechend besetzt und ausgerüstet werden.

Die dazu erforderlichen Aufwendungen sind Investitionen in die Gesundheit unserer Bevölkerung und müssen bei der Verteilung der Haushaltsmittel entsprechend berücksichtigt werden.

Familie und Kindergärten

Die Familie steht unter dem Schutz des Grundgesetzes. Bisher jedoch sah man das Wesen sozialer Gerechtigkeit in der Familienpolitik lediglich in der Schaffung finanzieller Lastenausgleiche. Wir Sozialdemokraten treten darüber hinaus mit aller Entschlossenheit dafür ein, daß Familien und Kindern in schwierigen Verhältnissen durch die Schaffung neuer und den Ausbau bestehender Einrichtungen der Familien- und Jugendpflege geholfen wird und gleiche Bildungschancen für die Kinder geschaffen werden. Das ist nicht nur ein Erfordernis sozialer Gerechtigkeit, sondern außerdem ein Bestandteil einer umfassenden modernen Gesellschaftspolitik.

Im Saarland setzt sich die SPD daher für die Forderung nach Einrichtungen für folgende Aufgaben ein:

- a) Betreuung lediger Mütter während der Schwangerschaft durch Beratung und Anleitung (die Jugendämter allein leisten das nicht);
- b) Betreuung der Kinder berufstätiger Mütter (kindliches Fehlverhalten erst im schulpflichtigen Alter beheben zu wollen, hat sich als verspätet erwiesen);
- c) Erziehungshilfe für Kinder, deren Väter aus beruflichen Gründen oft abwesend sind und deshalb als Erzieher ausfallen (die Industriegesellschaft, die durch ihre soziale Struktur der Familie den Vater in vielen Fällen "raubt", ist für einen angemessenen Ersatz verantwortlich);
- d) Bildungshilfe für Kinder, die durch eine bestimmte Familiensituation auf ihrem Bildungsweg durch Wissenslücken oder mangelnden elterlichen Beistand behindert sind (dies betrifft Kinder von berufstätigen Ehepaaren, Kinder alleinstehender Mütter oder Kinder aus geschiedenen Ehen).

Die SPD-Saar hält eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Jugendämter und der Sozialämter für erforderlich. Sie wird um eine bessere, zeitgerechte Ausbildung der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen und um deren Stellung bemüht bleiben.

Für alle Eltern wollen wir Familienhilfe in Form von Partnerwahlberatung, Eheberatung, Familienplanung, Berufsberatung, Freizeitgestaltung und Wohnungsbeschaffung leisten.

Die SPD-Saar fordert eine "Konzertierte Aktion" der Erziehungs- und Familienpolitik auf Landesebene, die alle erziehungs- und familienpolitischen Planungen von Bund, Land, Verbänden usw. eng koordiniert und die einzelnen Institutionen (Kindergarten, Schule, Elternhaus, Erziehungsberatungsstellen, Freizeitunternehmen, Berufsverbände usw.) zur Zusammenarbeit veranlaßt. Durch Bereitstellung der Mittel in langfristigen Finanzplänen sind Sofortmaßnahmen erforderlich zum Ausbau der bestehenden und zur Schaffung neuer Erziehungsberatungsstellen, zur Freistellung von Häusern in zentraler Lage der Ballungsgebiete für die Durchführung von Informations- und Bildungsabenden, Ehe- und Elternseminaren, für Spielräume, in denen Kinder unter Anleitung eines Psychologen sowohl die ihnen gemäßen Jugendbücher und Zeitschriften finden als auch Gelegenheit haben, sich gute Film- und Fernsehprogramme anzusehen.

Eine moderne Sozialpolitik muß gerade die Arbeit der Kindergärten fördern, da sie nicht länger nur Kinder-aufbewahrungsplatz sein können und dürfen. Durch die Berufstätigkeit der Eltern müssen wichtige Bildungs- und Erziehungsaufgaben vom Kindergarten übernommen werden.

Bei der Neuorientierung und Umgestaltung des gesamten Bildungswesens erfordert nach Auffassung der SPD die frühzeitige Bildungsförderung und Begabungsentwicklung unserer Kinder besondere Aufmerksamkeit. Dabei dürfen die Kinder im vorschulischen Alter nicht vergessen werden.

Deshalb fordern wir den ganztägigen Kindergarten (die Kinder kommen morgens und gehen nachmittags oder abends) und die Erhöhung der Aufnahmekapazität durch den Ausbau der bestehenden und den Bau neuer Kindergärten. Die SPD strebt eine Angleichung der Verhältnisse an Länder wie Belgien und Frankreich an, wo für 70 bis 90% der Kinder Plätze zur Verfügung stehen.

Die Kindergärten sollen eng mit den – von der SPD konzipierten – Vorschulen und Grundschulen zusammenarbeiten. Das französische Beispiel der "écoles maternelles" ist ein mögliches Vorbild. Voraussetzung hierzu ist die Weiterbildung der Kindergärtnerinnen in entsprechenden, von Fachleuten geleiteten, Fortbildungskursen.

Reformen sozialpädagogischer Einrichtungen

Auf dem Gebiet der sozialpädagogischen Einrichtungen strebt die SPD insbesondere folgende Reformen an:

1. Einrichtung eines ärztlichen, psychologischen, pädagogischen und juristischen Beratungs- und Aufklärungsdienstes.

Dies soll in Form eines Beratungszentrums für alle Eltern von körperlich und geistig behinderten sowie verhaltensgeschädigten Kindern erfolgen.

2. Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die einer heilpädagogischen bzw. einer psychotherapeutischen Behandlung bedürfen. Diese müssen so früh wie möglich die Gelegenheit zum Besuch entsprechender Einrichtungen erhalten.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, die gegenwärtige Situation auf dem Gebiet der Behandlung von körperlich, geistig und verhaltensmäßig behinderten Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Erforderlich hierzu ist u.a. die Förderung des Baues und des Ausbaues von Sonderkindergärten, in denen Kinder ihrer Behinderung entsprechend gefördert werden können.

3. Die Schuleinrichtungen für behinderte Kinder jeglicher Art müssen in verstärktem Maße gefördert werden. Nach Möglichkeit sollen sie nicht isoliert, sondern zumindest räumlich mit anderen Schulen verbunden sein.

Als besonders dringlich betrachten wir die Einrichtung von Schulen und Klassen für erziehungsschwierige Kinder.

4. Einrichtungen von heilpädagogischen und psychotherapeutischen Heimen für gehemmte und verhaltensgestörte Kinder und Jugendliche.

Diese Heime sollen in erster Linie einer intensiven heilpädagogischen und psychotherapeutischen Behandlung dienen, wie sie in einer normalen Erziehungsberatungsstelle nicht möglich ist.

5. Die SPD fordert und unterstützt außerdem den Bau und Ausbau von beschützenden Werkstätten für geistig Behinderte sowie allgemeine Maßnahmen zur Arbeits- und Berufsförderung Behinderter. Auch der Bau von Wohnheimen für geistig behinderte Erwachsene muß in die sozialpolitischen Überlegungen mit einbezogen werden.

Besonderer Aufmerksamkeit bedarf die Förderung der Frauenbeschäftigung. Die Gesamterwerbsquote der Frauen an der Saar liegt um ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt. Diese Tatsache hat nicht zuletzt die ansiedlungswilligen Unternehmen mit einem hohen Anteil an Arbeitsplätzen für Frauen im letzten Jahrzehnt dazu veranlaßt, Niederlassungen im Saarland ins Auge zu fassen.

Einer solchen Entwicklung stehen aber besondere Schwierigkeiten entgegen. Für viele erwerbswillige Frauen liegen Wohnungen und mögliche Arbeitsstätten zeitlich und räumlich zu weit voneinander entfernt. Für berufstätige Mütter fehlen weithin die Versorgungsmöglichkeiten für Kinder bei ganztätiger Beschäftigung. Teilzeitbeschäftigungen werden nur in ungenügendem Umfang angeboten.

Um diese Schwierigkeiten und Mängel auszuräumen, setzt sich die SPD-Saar dafür ein, daß Betriebe, die überwiegend Frauenarbeitsplätze anbieten, möglichst nahe an die Wohngebiete angesiedelt werden. Außerdem müssen direkte und dichtere Verkehrsverbindungen zwischen Wohnort und Betrieb geschaffen werden. Neben der schnellen Verkehrserschließung in den bisher benachteiligten Gebieten bedarf es einer Koordinierung der Fahrpläne und Fahrtstrecken aller Verkehrsträger zur schnelleren Beförderung der Arbeitnehmer.

Die SPD-Saar wird außerdem dafür eintreten, daß die Teilzeitarbeit ausgedehnt und Kinderhorte, Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Service-Häuser zur besseren Bewältigung der sozialen Verpflichtungen der berufstätigen Frauen gebaut werden. Zur Verminderung der Abwanderung ausgebildeter weiblicher Arbeitskräfte sollen solche ansiedlungsgeneigten Unternehmen bevorzugt werden, die qualifizierte weibliche Arbeitnehmer mit besseren Aufstiegsmöglichkeiten beschäftigen.

Die Frau ist in unserer heutigen Gesellschaft noch unterprivilegiert. Sie erhält nicht immer gleichen Lohn bei gleicher Leistung, und oft fehlen die gleichen Ausbildungschancen. Darum bemüht sich die SPD um die rechtliche und faktische Gleichberechtigung. Sie wird insbesondere Kurse der Volkshochschule für Frauen, bei gleichzeitiger Betreuungsmöglichkeit für die Kinder, sowie gesellschaftliche Lehrgänge im Rahmen von Familienfreizeiten fördern.

Die SPD wird dafür sorgen, daß die Erziehung der Mädchen nicht auf die traditionell engen Vorstellungen von der Rolle der Frau in Gesellschaft und Familie fixiert bleibt.

Der ältere Mensch in der Gemeinschaft

In einer Politik der sozialen Verantwortung muß die Hilfe und Fürsorge für den alten Menschen ein Schwerpunkt sein. In der Regierungserklärung der jetzigen Regierung vom 19. Juli 1965 ist die Hilfe für alte Menschen als ein besonderes Problem angesprochen, dem durch gezielte Förderungsmaßnahmen Rechnung getragen werden könne. Zur Festlegung der notwendigen Hilfen wurde die Erstellung eines Altenplanes angekündigt. Bei dieser Ankündigung ist es geblieben. Tatsächlich geschehen ist in dieser Hinsicht nur wenig. Der SPD-Saar ist es aber nicht gleichgültig, wie es unseren betagten Mitbürgern körperlich und seelisch geht, ob sie sich geborgen oder einsam und verlassen fühlen, ob sie seelisch im Gleichgewicht oder verbittert sind. Deshalb müssen im gesellschaftlichen Bereich Lebensbedingungen für den alten Menschen geschaffen werden, die ihm erlauben, seinen Lebensplan in sozialer Selbstsicherheit und Geborgenheit einzuhalten. Hieraus ergeben sich folgende Forderungen der SPD des Saarlandes:

1. Ohne einen Gesamtüberblick über die Lage unserer alten Mitbürger, ihre Probleme und Bedürfnisse, kann die Aufgabe, die sich aus den Spannungen der industriellen Gesellschaft gerade für den älteren Menschen ergibt, weder von ihm selbst noch von der Gemeinschaft gemeistert werden. Deshalb werden wir, in Verbindung mit den Gemeinden und den

Organen der Sozial- und Selbsthilfe, eine umfassende Untersuchung über die wirtschaftliche, gesundheitliche, geistige und seelische Situation der älteren Mitbürger in unserem Lande und ihr Verhältnis zur Umwelt und Gemeinschaft durchführen.

2. Durch die Rentenreform und das Sozialhilfegesetz ist die wirtschaftliche Lage der älteren Menschen verbessert worden. Aber dennoch ist keinesfalls für alle Älteren jede wirtschaftliche Not gebannt. Die Sozialdemokratische Partei ist sich bewußt, daß wirtschaftliche Maßnahmen zugunsten unserer alten Mitbürger finanzielle Verpflichtungen für die Gemeinschaft mit sich bringen, die in aller Konsequenz sorgsam zu überlegen sind. Unsere älteren Mitbürger haben aber auch ein Recht auf Anteilnahme am Produktionszuwachs erworben, für den sie durch ihre Arbeitsleistung in früheren Jahren die Voraussetzungen schufen.
3. Aus der Erkenntnis, daß Älterwerden nicht bedeutet, länger gesund zu sein, müssen gesundheitspolitisch die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Das gilt z.B. für die Erholungsfürsorge für ältere Menschen, ihre Hauspflege, ihre Krankenhauspflege, ihre Betreuung in Pflegeheimen und auch die wissenschaftliche Erforschung typischer Alterskrankheiten und die Verwertung dieser Forschungsergebnisse für die praktische Altershilfe.

4. Außer den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Fragen gibt es eine Vielzahl von Problemen, die mit dem Thema „Der ältere Mensch und die Gemeinschaft“ umrissen werden können. Aus der Erkenntnis, daß der ältere Mensch die Gemeinschaft, aber auch die Gemeinschaft den älteren Menschen braucht, müssen endlich die notwendigen Konsequenzen gezogen werden, d. h. unsere Sorgen um die alten Menschen müssen sich in konkretes Handeln umsetzen.

Deshalb wird eine von der SPD geführte Landesregierung unverzüglich die Erstellung eines Landesplanes einleiten mit dem Ziel, den alten Menschen unseres Landes einen Lebensabend zu sichern, in dem sie ihren persönlichen Wünschen und Bedürfnissen sowie ihren körperlichen und geistigen Möglichkeiten entsprechend am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können.

Sinnvolle Familienfreizeitgestaltung

Automation, Technisierung und Rationalisierung führen in steigendem Maße zu einer Verkürzung der Arbeitszeit und zu mehr Freizeit für den arbeitenden Menschen. Im Bereich der Familienpolitik muß deshalb einer sinnvollen und gesunden Familienfreizeitgestaltung mehr Bedeutung zukommen als bisher. Umgekehrt muß die Gesellschaft, die der Familie mehr Zeit zur freien Gestaltung überläßt, innerhalb einer modernen Gesellschaftspolitik auch die Voraussetzungen dafür schaffen, diese Zeit sinnvoll zu nutzen. Entsprechende Einrichtungen des Bildungs- und Weiterbildungswezens auf dem Sektor von Unterhaltung und Erholung sind zu schaffen. Insbesondere fordert die SPD-Saar die Einrichtung von Freizeitzentren in den Randgebieten der Ballungsräume zur Feierabend- und Wochenend-Erholung.

Da es einem hohen Prozentsatz unserer Familien heute infolge beengter Wohnverhältnisse nicht mehr möglich ist, den Wohnraum als begrenzten Lebensraum auszugestalten, sind sie auf solche Freizeitzentren angewiesen, um sich dort mit ihren Familien so zu erholen, daß sie den Berufsbelastungen in der Woche gewachsen sind.

Neuregelung des Rechts der Hüttenknappschaftlichen Pensionsversicherung

Seit vielen Jahren steht im Saarland dringend die Neuordnung der Hüttenknappschaftlichen Pensionsversicherung an.

Bekanntlich ist diese Versicherung eine zusätzliche Rentenversicherung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage für die Beschäftigten in der saarländischen Metallindustrie. Neben den 4 Großbetrieben der Dillinger, Burbacher, Halbergerhütte und dem Neunkircher Eisenwerk gehören ihr zur Zeit weitere 33 Metallbetriebe an mit insgesamt ca. 31 000 Beschäftigten. Die Zahl der Pensionsempfänger beträgt ungefähr 30 000.

Das Recht der über 100 Jahre alten Hüttenknappschaftlichen Pensionsversicherung ist, von unwesentlichen Änderungen abgesehen, letztmalig im Jahre 1952 neu geregelt worden.

Schon aus der im Jahre 1957 durchgeführten tiefgreifenden Umgestaltung des Rechts der Rentenversicherungen folgte zwingend die Notwendigkeit, auch das Hüttenknappschaftsgesetz umfassend auf eine neue Rechtsgrundlage zu stellen, es insbesondere dem modernen Rentenrecht anzupassen.

Obwohl es an Vorschlägen und Gesetzesvorlagen nicht gefehlt hat, ist fast alles beim alten geblieben. Schon in der vierten Legislaturperiode des Bundestages hatte die SPD einen Gesetzesentwurf zur Neuordnung des Hüttenknappschaftsrechts eingebracht, der jedoch am

Widerstand der damaligen Koalition scheiterte. Lediglich insoweit wurde ein kleiner Schritt getan, als im Jahre 1965 durch die Anhebung der Steigerungsbeiträge eine Leistungsverbesserung erfolgte, um wenigstens die Pensionen annähernd der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen.

Da inzwischen nichts mehr geschehen ist, ist wiederum ein erheblicher Rückstand eingetreten. Demgegenüber wurden seit 1966 die Leistungen der Rentenversicherung um nahezu 40 % erhöht.

Abgesehen davon, daß die Pensionen hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die Beiträge hinter der Lohnentwicklung zurückgeblieben sind, steht das Hüttenknappschaftsrecht insgesamt nicht mehr mit dem modernen Rentenrecht im Einklang und hat daher eine Reihe von sozialen Ungerechtigkeiten entstehen lassen. Die Neuordnung ist also mehr als dringlich.

Die zur Zeit beim Bundesarbeitsminister erneut angelaufenen Verhandlungen müssen in ihrem Ergebnis den Rentnern gerechte Leistungen bringen und die Hüttenknappschaft in ihrem Bestand sichern.

Seit dem 1. August 1969 ist das Gesetz zur Errichtung der Bundesknappschaft in Kraft. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird ihren ganzen Einfluß geltend machen, um möglicherweise mit der Errichtung der Bundesknappschaft verbundene Nachteile von den Versicherten der ehemaligen Saarknappschaft abzuwenden. Sie wird darüber wachen, daß dem Saarland als zweitgrößtem Steinkohlerevier der Bundesrepublik mit der nach der ehemaligen Ruhrknappschaft größten Versicherten- und Rentnerzahl auch weiterhin die Beachtung geschenkt wird, die ihm sachlich zukommt. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung an der Saar wird sich schließlich dafür einsetzen, daß die mit der Errichtung der Bundesknappschaft eröffnete Möglichkeit zur Einführung der freien Arztwahl zum Wohle auch der knappschaftlich versicherten Saarländer endlich genutzt wird und damit ein Überbleibsel aus dem vorigen Jahrhundert aus unserer Gesellschaft verschwindet.

Hilfe für Kriegsoffer

Die Kriegsofferfürsorge hat sich der Beschädigten und Hinterbliebenen in allen Lebenslagen anzunehmen. Eine materielle Besserstellung der Beschädigten und Hinterbliebenen wurde erreicht, seit Sozialdemokraten die Bundesregierung führen.

Eine Intensivierung der Kriegsofferfürsorge wird für erforderlich gehalten. Dazu gehört nach Ansicht der SPD-Saar aber auch, daß mehr als bisher den Kriegsoffern individuell geholfen wird durch

1. den Ausbau der Wohnungsfürsorge durch Gewährung von Darlehen zu günstigen Tilgungs- und Zinssätzen;
2. die Ausweitung der Erholungsfürsorge mit dem Ziel, den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, so oft es ihr gesundheitlicher Zustand erforderlich macht, einen Erholungsurlaub zu ermöglichen;
3. die Ausbildung der Kinder von Beschädigten und Kriegerwitwen für alle Berufe, die ihren Anlagen und Fähigkeiten entsprechen;

4. Maßnahmen, die den älteren Beschädigten und Kriegshinterbliebenen die Teilnahme am kulturellen Geschehen möglich machen;
5. Gleichstellung der Kriegereltern mit dem übrigen Kreis der Kriegshinterbliebenen.

Die für die Durchführung der Kriegsofferfürsorge zuständigen Stellen sind personell und materiell so auszustatten, daß sie ihre Aufgabe zum Wohle der Kriegsoffer und Kriegshinterbliebenen wirksam und in vollem Umfange erfüllen können.

Schwerbeschädigtenfürsorge

Das Recht der Schwerbeschädigten ist unter Berücksichtigung der modernen Entwicklung auszugestalten. Es ist darauf hinzuwirken, daß der Bund durch eine Novellierung des Schwerbeschädigtengesetzes das Recht der Schwerbeschädigten auf einen Arbeitsplatz festigt. Soweit Landesdienststellen mit der Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes beauftragt sind, sollen sie nach Auffassung der SPD-Saar darauf hinwirken, daß

1. mehr noch als bisher die Arbeitsplätze der Schwerbeschädigten regelmäßig besucht werden mit dem Ziel, den Schwerbeschädigten den geeigneten Arbeitsplatz zu erhalten oder durch Umsetzungen zu beschaffen und ihn zu beraten, damit seine Stellung im Betrieb gefestigt wird;
2. die Betriebshelfergruppen, die aus dem Beauftragten des Arbeitgebers, dem Vertrauensmann der Schwerbeschädigten, dem Vertreter der Hauptfürsorgestelle und der Arbeitsverwaltung bestehen, sich in Teamarbeit um die Belange der Schwerbeschädigten kümmern und ihnen behilflich sind, daß sie gegenüber den Nichtbeschädigten wettbewerbsfähig bleiben;
3. in allen Kündigungsangelegenheiten durch intensive Verhandlungen der Versuch unternommen wird, den Arbeitsplatz zu erhalten oder einen anderen angemessenen Arbeitsplatz zu beschaffen. Das gilt insbesondere für die älteren schwerbeschädigten Arbeitnehmer;
4. die Verkehrsoffer, sofern sie die übrigen Voraussetzungen nach dem Schwerbeschädigtengesetz erfüllen, den Schwerbeschädigten gleichgestellt werden;
5. darauf hingewirkt wird, auch die Körperbehinderten in die Schutzbestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes miteinzubeziehen.

Sozialhilfe

Aufgabe der Sozialhilfe ist, den Empfangsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.

Die Durchführung der Sozialhilfe muß – nach Ansicht der SPD-Saar – so verbessert werden, daß die Betreuung der Hilfesuchenden und Hilfeempfänger, insbesondere der Körperbehinderten, der Blinden und Sehgeschwachen, der Hörgeschädigten, der sprachlich, geistig und seelisch Behinderten sowie der psychisch Kranken in dem vom Gesetzgeber gewollten Sinne erfolgt. Es ist deshalb dafür Sorge zu tragen, daß

1. die Höhe der für den Lebensunterhalt maßgeblichen Regelsätze jeweils rechtzeitig der Preisentwicklung angepaßt wird;
2. für die 1200 bis 1500 geistig Behinderten ausreichende Betreuungsstätten – z. B. Sonderschulen, Bildungsstätten heilpädagogischer oder sonstiger Art, beschützende Werkstätten – ausgebaut und geschaffen werden;
3. für psychisch Kranke entsprechende sozialpsychiatrische Rehabilitationsstätten – z. B. Tages- und Nachtkliniken und Übergangseinrichtungen – geschaffen werden, um die Heranführung an das Leben vor Eintritt der Krankheit und die Anpassung an die Gesellschaft vorzubereiten;

4. für die etwa 300 bis 400 körper-, seh-, hör- und sprachbehinderten Jugendlichen, die der Unterbringung in Heim- und Sonderschulen bedürfen, die schulische Bildung und die Eingliederung in Beruf und Gesellschaft ohne Schwierigkeiten gewährleistet ist;
5. die nachgehende Fürsorge zur Sicherung der Wirksamkeit der gewährten Eingliederungsmaßnahmen und die Hilfe für die Behinderten am Arbeitsplatz ausgebaut und intensiviert werden;
6. für die pflegebedürftigen körperlich, geistig und seelisch schwer behinderten Menschen ausreichende, moderne und der Behinderung dieser Menschen entsprechend ausgestattete Einrichtungen vorhanden sind.

Zur Durchführung dieser Aufgaben ist auf die Ausbildung des Personals, die Ausstattung der Dienststellen und Einrichtungen mit ausreichendem Pflege- und sonstigem Personal besonderes Augenmerk zu richten.

Sozialplan für Arbeitnehmer

Die SPD wird ihre Sozialpolitik danach ausrichten, daß die saarländischen Arbeitnehmer vor den möglichen Folgen der wirtschaftlichen Umstrukturierung, der Rationalisierung und des technischen Fortschritts geschützt werden. Die soziale Absicherung war bei den Entlassungen in der saarländischen Produktions-, Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie während der Rezession 1966/67 noch nicht genügend. Eine von der SPD getragene Landesregierung wird daher eine Planungsgruppe beauftragen, unverzüglich einen Sozialplan zu erstellen, der den saarländischen Unternehmen, Betriebsräten und Sozialpartnern Rahmenempfehlungen für den Schutz und die soziale Sicherung entlassungsbedrohter Arbeitnehmer geben wird.

Freie Wahl der Altersgrenze

Um das Los von besonders gefährdeten alten Arbeitnehmern entscheidend zu verbessern, wird sich die SPD-Saar bei der Bundesregierung dafür einsetzen, daß die wahlweise Herabsetzung der bisher starren Altersgrenze so bald wie möglich gesetzlich geregelt wird. Die bisherige Regelung widerspricht den sozialen wie auch gesundheitlichen Bedürfnissen unserer Arbeitnehmer.

In welchem Maße gerade die schwierigen saarländischen Arbeitsbedingungen zu einer frühen Invalidisierung führen, zeigt die Tatsache, daß im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt im Saarland 1966 und 1967 nicht die 64- bis 65jährigen, sondern vielmehr die 55- bis 59jährigen Arbeitnehmer die stärksten Rentenzugänge hatten. Mit der Herabsetzung der starren Altersgrenze würde ein wünschenswerter Zustand wiederhergestellt werden, der bis Ende 1959 im Saarland geltendes Recht war.

Rechtspflege – Beschleunigung des Rechtsganges

Auf dem Gebiet der Rechtspflege liegt im Saarland viel im argen. Hier stellen sich einer von der SPD geführten Landesregierung wichtige Aufgaben.

Die im Grundgesetz verankerte Rechtsstaatlichkeit verlangt einen schnellen Rechtsschutz. Dieser ist zur Zeit vielfach nicht gewährleistet. Die Verzögerung des Rechtsganges kommt aber oft fast einer Rechtsverweigerung nahe.

Wer z. B. heute bei dem Sozialgericht eine Rente ein-klagt, weil er sich durch einen abschlägigen Bescheid seines Rententrägers ungerecht behandelt fühlt, muß über ein Jahr, manchmal sogar zwei, warten, bis er einen Termin vor Gericht bekommt. Bei manchen Zivilgerichten, insbesondere beim Landgericht, kann es Monate dauern, bis der Gläubiger sein erstrittenes Urteil schriftlich bekommt, weil es an Schreibkräften fehlt. Wer eine Berufung beim Oberlandesgericht, dem höchsten Zivilgericht unseres Landes, einlegt, muß weit über ein Jahr warten, bis seine Sache verhandelt wird (30 km weiter, in Zweibrücken, dauert es nur zwei Monate). Eine von der SPD geführte Landesregierung wird sich mit allen Mitteln um eine Beschleunigung des Rechtsganges bemühen. Dazu gehören hinreichende Personalausstattung sowie Einführung moderner Management-Methoden und Rationalisierung in der Justizverwaltung.

Gezielte Strafverfolgung

Eine von der SPD-Saar geführte Landesregierung wird auch alle Voraussetzungen für eine gezieltere Strafverfolgung – namentlich bei der Verfolgung von Straftaten der Wirtschaftskriminalität – schaffen. Diese Wirtschaftskriminalität, die andere Menschen betrügerisch schädigt und in den letzten Jahren merklich zugenommen hat, muß strenger verfolgt werden. Eine Sonderausbildung für Staatsanwälte sowie die Heranziehung von Spezialisten ist erforderlich.

Die zunehmende Anzahl von Eigentumsdelikten läßt sich nicht allein mit härterer Bestrafung eindämmen. Viel wirksamer ist die Verhütung von Diebstählen dadurch, daß der Straftäter mit seiner Entdeckung rechnen muß. Zu diesem Zweck muß die Polizei personell verstärkt werden. Auch die technische Ausrüstung mit Pkw, Funkgeräten usw. muß verbessert werden.

Resozialisierung

Strafe ist – nach Ansicht aller Fachleute – nur ein Mittel, um einen Rechtsbrecher daran zu hindern, künftig wieder Straftaten zu begehen. Daher muß die Resozialisierung, die Wiedereingliederung des Gestrauchteten in die Gesellschaft, ein stetes Bemühen des Staates sein und bereits während der Strafverbüßung im Gefängnis beginnen. Ein Fürsorger für 500 Häftlinge – so ist das Verhältnis zur Zeit im Saarland – reicht dafür nicht aus. Auch die Anzahl der neun im Saarland tätigen Bewährungshelfer ist im Hinblick auf die Zahl der von ihnen Betreuten zu gering. Die SPD-Saar fordert daher eine personelle Verstärkung, um dem Erfordernis der Bewährungshilfe besser gerecht zu werden.

Öffentlicher Dienst

Das noch aus der monarchischen Obrigkeitsverwaltung des 19. Jahrhunderts überkommene bürokratisch-hierarchische Prinzip muß moderner Teamarbeit Platz machen. Das erfordert eine Reform der Struktur unseres öffentlichen Dienstes und seiner Ausbildung.

Im Recht des öffentlichen Dienstes müssen sachlich nicht mehr gerechtfertigte Unterscheidungen aufgehoben werden. Für Führungs-, Planungs- und Beratungsaufgaben muß ein personaler Austausch und Wechsel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, freiem Beruf und öffentlichem Dienst möglich sein.

Für Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst soll ein modernes Dienstrecht geschaffen werden. Das Laufbahnrecht muß gelockert werden. Besonders für Führungskräfte muß der Wechsel von privatwirtschaftlicher Berufstätigkeit in den öffentlichen Dienst attraktiver gemacht werden.

Ausgehend von einer veränderten Bundesrahmengesetzgebung wird sich die sozialdemokratische Landesregierung für eine vollständige Neufassung des saarländischen Personalvertretungsgesetzes einsetzen. Dabei wird auch die wiederhergestellte Ministerverantwortlichkeit für die jeweiligen Geschäftsbereiche mit dazu beitragen, eine wirksamere Vertretung der Be-

diensteten durch ihre gewählten Vertreter zu ermöglichen. Die Verwirklichung des Leistungsgedankens auch hinsichtlich der Aufstiegsmöglichkeiten, die Vereinheitlichung des Dienstrechts nach modernen Gesichtspunkten, der Abbau überholter Strukturen sowie die Einführung der gleitenden Arbeitszeit im öffentlichen Dienst, kurz: eine mobile und flexible Leistungsverwaltung werden das Ziel einer von der SPD-Saar getragenen Landesregierung sein.

Soweit das Land durch Beteiligung Arbeitgeberfunktion hat, wird sich unsere Regierung dafür einsetzen, daß die Altersversorgung der dort Beschäftigten mindestens auf der Höhe gehalten wird, wie sie einmal erreicht war. Es wird angestrebt, eine der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst gleichwertige Regelung zu erreichen. Die Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse soll durch eine Verwaltungsstelle für überbetriebliche Versorgungseinrichtungen ergänzt werden.

Die Abgrenzung der Geschäftsbereiche nach sachlichen Gesichtspunkten wird auch die einzelnen Ministerien hinsichtlich ihrer Aufgabenerfüllung wirksamer machen und Kompetenzstreitigkeiten ausschließen.

Die SPD wird in dem neuen saarländischen Landtag eine Gesetzesvorlage für eine Verwaltungs- und Gebietsreform vorlegen. Unser Land ist aufgrund der Grenzlage und der kriegerischen Auseinandersetzungen mit Frankreich zunächst durch den Versailler Friedensvertrag und dann durch die Entwicklung nach 1945 künstlich geschaffen worden. Seine Gebietsteile gehörten früher zu Preußen und zu Bayern. Der unterschiedliche und voneinander abweichende Verwaltungsaufbau besteht zum Teil heute noch und bedarf unbedingt einer Überprüfung. Wirtschaftlich zusammengehörende Räume wurden auseinandergerissen und haben deshalb keine Möglichkeit gemeinsamer Planung und Entwicklung. Die Erfordernisse unserer Zeit bedingen sowohl im staatlichen wie im kommunalen Bereich großräumige und übersichtliche Lösungen.

An der Saargrenze hört die Welt nicht auf: Daher wird die Abstimmung mit der angrenzenden Region von Rheinland-Pfalz von der SPD mit Nachdruck verfolgt werden.

Entsprechend dem Grundsatz der SPD soll die Verwaltung für den Bürger überschaubar sein. Ihre demokratische Kontrolle auf allen Ebenen ist Grundvoraussetzung dafür, daß der Bürger sich nicht Verwaltungsakten einer anonymen Bürokratie ausgeliefert sieht. Die SPD wird prüfen, ob nicht die Bürgermeister in direkter

Wahl von den Bürgern zu wählen sind, und fordert die direkte Wahl aller Kommunalvertretungskörperschaften.

Die SPD wird deshalb ungeachtet einer ebenfalls erforderlichen Neugliederung der Länder im Südwesten der Bundesrepublik Deutschland die staatliche und kommunale Verwaltung neu ordnen und, entsprechend dem Beispiel anderer Bundesländer, eine Verwaltungs- und Gebietsreform durchführen.

Im staatlichen Bereich erfordert das eine Verlagerung reiner Verwaltungsaufgaben aus den Ministerien in nachgeordnete Dienststellen, eine Zusammenfassung staatlicher Sonderbehörden und eine räumliche und funktionelle Gliederung staatlicher Verwaltungsorgane, wie sie den Interessen der Bürger unseres Landes entspricht. Amtsgerichte und Katasterämter sollen in allen Teilen des Saarlandes so zusammengefaßt werden, daß unter Anwendung strengster Maßstäbe für eine sparsame Verwaltung dem Bürger unnötige Wege erspart bleiben.

Die SPD ist grundsätzlich für eine Kommunalisierung der landrätlichen Verwaltung und wird die Zuständigkeit des Kreistages ausweiten.

Der Landrat muß als Organ kommunaler Selbstverwaltung durch den Kreistag gewählt und nicht von der Regierung vorgeschlagen und ernannt werden. Die Kreis-

grenzen bedürfen einer Überprüfung ebenso wie der Sitz der Kreisverwaltungen mit dem Ziel, zu größeren und leistungsfähigeren Landkreisen zu kommen.

Im kommunalen Bereich bietet die bisherige Organisationsform Veranlassung dafür, nach dem Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen überall dort, wo das aus räumlichen und Besiedlungsverhältnissen möglich ist, Verwaltungsgemeinden mit einer Mindesteinwohnerzahl von 8000 zu schaffen. Im Ballungsraum besteht die Notwendigkeit der Zusammenführung von Gemeinden und der Neuordnung des Stadtumlandes. Die SPD-Saar strebt an, daß in Zukunft die Mitglieder der Amtsräte direkt und unmittelbar vom Volk gewählt werden.

Eine Vielzahl kommunaler Aufgaben, die sich in der Zukunft in verstärktem Maße stellen werden, ist aufgrund der heute bestehenden Grenzen zwischen den Gebietskörperschaften nur noch mit großen Reibungsverlusten lösbar. Für eine erfolgreiche Schul-, Struktur- und Industrieansiedlungspolitik, für notwendige Infrastrukturmaßnahmen besteht das Erfordernis gemeinsamer Planung.

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung, der Lösung der Abwasserprobleme, der Müllbeseitigung wie der elektronischen Datenverarbeitung in der Verwaltung sind Zusammenschlüsse zu größeren Verbänden unumgänglich. Deshalb muß im Ballungsraum von anderen Größenordnungen als auf dem flachen Lande

ausgegangen werden. Die Attraktivität unseres Landes ist abhängig von der Entwicklungsfähigkeit seiner Städte, deren Größenordnungen heute den Erfordernissen nicht entsprechen.

Nachdem durch Erfahrung feststeht, daß mit der Gründung von Zweckverbänden und mit interkommunaler Zusammenarbeit allein die vielschichtigen Probleme von Ballungsräumen nicht lösbar sind, wird auch von dem Instrument der Zusammenführung von Gemeinden Gebrauch gemacht werden müssen. Die SPD-Saar wird darauf hinwirken, daß Landesregierung und Landtag die verwaltungsmäßige Neugliederung des Saarlandes und seiner Gebietskörperschaften als eine der dringenden Aufgaben der inneren Politik umgehend nach der Konstituierung des neuen Landtages in Angriff nehmen.

Finanz- und Haushaltswirtschaft

Die SPD-Saar wird die Haushalts- und Finanzwirtschaft des Landes so gestalten, daß die Finanzierung der Schwerpunktaufgaben ihres Regierungsprogrammes gesichert wird. Sie ist sich bewußt, daß aufgrund der Versäumnisse und der falschen Politik der bisherigen Landesregierung auch in finanzieller Hinsicht ein erheblicher Nachholbedarf besteht und die Hilfe der Bundesregierung zum Ausgleich der eigenen Finanzschwäche noch erforderlich ist. Die SPD wird jedoch alles daran setzen, um aus der Abhängigkeit von Zuschüssen des Bundes und Ausgleichszuwendungen der Länder herauszukommen und durch eigene Kraft die Aufgaben der Landespolitik erfüllen zu können.

Die zielstrebig durchzuführende Strukturverbesserung unserer Wirtschaft, die Ansiedlung von Betrieben und die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird die Finanz- und Steuerkraft des Saarlandes verbessern. Die Zuwachsraten des Haushaltes sind in erster Linie für die Aufgaben der Strukturverbesserung, des Ausbaus der Infrastruktur, der Stadterneuerung und des Wohnungsbaues zu verwenden. Die finanziellen Aufwendungen des Landes müssen für die wichtigen Investitionsvorhaben und für den Aufbau eines modernen Bildungswesens in allen Bereichen durch sparsamste Verwaltungsführung und Einschränkung der konsumtiven Ausgaben freigemacht werden.

Die SPD wird entsprechend der Festlegung der Prioritäten in ihrem Regierungsprogramm eine Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte einleiten. Die dem Saarland zur Verfügung stehenden Finanzen werden zielstrebig dazu verwendet, die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerte Gleichheit der Lebensbedingungen aller Bürger der Bundesrepublik zu verwirklichen.